



Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

107. Jahrgang, Nr. 5

Mai 2025

PPI Eigenverlag "Wilhelm Pieck"
Redaktion und Vertrieb
99084 Erfurt, Johannesstraße 156
Tel.: 0170/1831495 - Tel.: 0361/64458760

Gegründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
(wieder herausgegeben 1990 in der DDR)



Einzelpreis: 3,20 Euro
Jahres-Abonnement: 35,00 Euro
Förder-Abonnement: 45,00 Euro

8. Mai - Tag der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus

Allerdings fehlt der Eintrag dieses Ehrentages in den Kalendern der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Tag wird von den offiziellen Stellen des Staates nicht nur nicht begangen, der Tag der Befreiung des Deutschen Volkes vom Faschismus wird in der Bundesrepublik totgeschwiegen und taucht also in den Annalen des Staates nicht auf. Der Grund ist, daß in dieser alten Bundesrepublik ein Großteil derjenigen, die die faschistische Ideologie bewußt in sich tragenden Nazigrößen an vordersten Stellen in den Aufbau des neuen Staates bewußt mit einbezogen wurden und somit diese faschistischen Überzeugungen für die Zukunft in den neuen Staat mit übertragen wurden. In den Lehrbüchern der Schulen wurde diese 12-jährige deutsche Geschichte so gut wie nicht behandelt und damit der Antifaschismus auch totgeschwiegen. Für die übrige Bevölkerung haben die Medien das ihre getan.

Als das rote Banner des Sieges über den deutschen Faschismus von einem Sowjetsoldaten der Roten Armee auf dem Reichstag gehißt wurde, war die faschistische Bestie, die im Krieg aber auch im Hinterland durch ihre brutale und totale Kriegführung für den Tod von 60 Millionen Menschen und aber auch für die Verwüstung ganzer Landstriche die Verantwortung trägt, am Ort ihres Entstehens auch zerschlagen worden.

Erst das unaufhaltsame Vortücken der Sowjetarmee versetzte die übrigen Antihitlerkoalitionäre in Angst und Schrecken, denn die Sowjetarmee könnte ganz Europa befreien und danach unter ihre Fittiche nehmen, wobei ihnen dann die Einflußsphäre verloren gegangen wäre. So traten sie gezwungenermaßen erst am 30. Juni 1944, durch die Landung in der Normandie ins Kriegsgeschehen ein. Es ist bewiesen, die Sowjetunion trug die Hauptlast des Krieges und sie verlor in diesen 4-jährigen Kämpfen 27 Millionen Menschenleben.

Nach dem Ende des Krieges war die Forderung allgegenwärtig, den Faschismus für immer und endgültig auszurotten, also zu zerschlagen. Aber auch deren faschistische Helfer, Unterstützer, Geldgeber und Waffenlieferanten aus ihren Verantwortungsbereichen zu entfernen, wenn ihnen keine Aburteilung und verpflichtet zu sein, nötigen Möglichkeiten mehr zu geben, an der Gestaltung des Staates teilzuhaben.

Auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone begann die rigorose Entmachtung aller faschistischen Helfershelfer in jedweder Position, in der sie zur Zeit des Faschismus tätig waren. Auch die Wirtschaftsbosse, die Hitlers Macht wirtschaftlich und finanziell unterstützten und damit stärkten, aber auch die Kriegführung mit Waffen, Munition und anderer technischer Geräte unterstützten, wurden auf Grund des überwältigenden Ergebnisses einer Volksbefragung entsprechend enteignet. Von ihnen konnte zukünftig keinerlei Gefahr mehr für eine etwaige Rückkehr der faschistischen Ausgeburt ausgehen.

Das sah in den drei Westsektoren viel anders aus. Die bis dahin auf nahezu allen Gebieten tätigen faschistischen Kräfte legten nach Kriegsende ihre Arbeitsutensilien bei-

seite, zogen zu Hause ihre faschistische Uniform aus, schlüpften in ihren Nadelstreifenanzug, gingen an ihren ehemaligen Arbeitsplatz zurück und setzten ihre Arbeit, als wäre nichts gewesen, wieder fort. Vielseitig waren die Arbeitsplätze, an denen sie in Zivil ihre



Arbeit wieder aufnahmen. Ob nun Juristen, Fakultäts- oder Universitätsprofessoren, aber auch bis hinunter zu den kleinsten Sachbearbeitern, Lehrern und Ortpolizisten, sie fühlten sich als „demokratisch geläuterte“ Beamte beim im Aufbau befindlichen neuen Staat wohl.

So wurden auch Offiziere und noch höher gestellte Wehrmachtsangehörige und aber auch Generale dringend benötigt. Demzufolge beeilte sich der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, bei der Amtsübernahme der Öffentlichkeit kundzutun: „Die Bundesrepublik ist der Nachfolgestaat des 3. Reiches.“ Damit waren für viele faschistische Offiziere Hitlers neue Wege gebet. Hans Maria Globke, der Mitverfasser und eifrige Kommentator der berüchtigten Nürnberger Rassengesetze (auch Judengesetze genannt), wurde Staatssekretär und Chef des Bundeskanzleramtes. Dabei muß man natürlich auch bedenken, Konrad Adenauer war Vorsitzender der CDU und als Bundeskanzler wohl auch die prädestinierte Person, die in den faschistischen Fußstapfen den Weg fortsetzte und diese faschistische Ideologie in der Bundesrepublik nicht austrocknen ließ.

Unter diesen Umständen begann auch die Schaffung der neuen Armee, die Wiederbewaffnung, eine erneute Remilitarisierung stand auf der Tagesordnung. Ob nun der ehemalige General Heusinger oder General Speidel, es lassen sich hier nicht alle aufzählen, aber auch Ulrich de Maizière, er wurde bei der Bundeswehr zum Inspekteur des Heeres und Chef des Führungsstabes des Heeres ernannt. So war die neue Bundeswehr von Faschisten aus Hitlers Generalstab durchgesetzt. Die Absicht der totalen Aufrüstung der Bundeswehr, ihre Remilitarisierung, wurde brutal durchgesetzt. Wer sich dieser imperialistischen Zielstellung in der BRD in den Weg stellte, konnte sicher sein, daß er für alle Zeit mundtot gemacht wird. So kam das KPD-Verbot, FDJ-Verbot und Verbot der Frauenorganisation.

1972 unterschrieb der damalige Bundeskanzler Willy Brandt von der SPD den sogenannten Radikalenerlass und setzte ihn auch sofort in Kraft. Es ging in diesem Erlass um die Überprüfung im staatlichen Dienst tätiger, aber auch um Personen wie Lehrer, Postboten, Lokführer, Justizmitarbeiter, Beamtenanwärter und aber auch Schornsteinfeger. Selbst wenn sie nur einmal in die DDR eingereist waren, gab es eine Entlassung. Eine Million Bürger wurden überprüft, ja, gegen Antifaschisten wurde hart vorgegangen, nicht gegen die Nazis in Amt und Würden. 100.000 Entlassungen, 11.000 verloren ihren Beamtenstand, so ging es ausschließlich gegen linke Personen, die sich dem Antifaschismus verschrieben hatten. Auch hier konnte man erkennen, daß der Antifaschismus nicht geduldet und bis heute vom imperialistischen Staat brutal verfolgt wird.

Es läßt sich hier nicht alles aufzählen, zu durchsetzt von Faschisten war die gesamte Staatsmaschinerie dieser Bundesrepublik. Allein 830 Juristen aus der faschistischen Justiz wurden in den bundesdeutschen juristischen Staatsdienst übernommen. Es war natürlich nicht nur, daß das Justizwesen mit Faschisten durchsetzt war, es traf auf das gesamte Staatswesen zu.

Ja, es war nicht einmal unmöglich, daß ein Nazi Bundespräsident wurde und ein Kurt Georg Kiesinger sogar zum Bundeskanzler emporstieg. Erst als er von Beate Klarsfeld eine schallende Ohrfeige erhielt, kam die ganze Vergangenheit ans Tageslicht und er war auch, um die sogenannten „demokratischen“ Parteien zu beleuchten, von 1967 bis 1971 Bundesvorsitzender der CDU.

Seit der ersten Minute der Übernahme der politischen Verantwortung durch Konrad Adenauer ist zu erkennen, daß diese gesamte politisch rechte Entwicklung ein Markstein der Christlich Demokratischen Union (CDU), im Einvernehmen mit der Christlich Sozialen Union (CSU Bayern) war.

Natürlich erfolgte das alles im Einvernehmen mit den drei Alliierten Westmächten, die ihre Forderungen, auch die der Remilitarisierung unter dem politischen Aspekt erhoben: „Die Bundesrepublik Deutschland muß Bollwerk, muß Speerspitze im Kampf gegen den Kommunismus sein“. So konnten sich die Politiker der BRD sicher sein, daß sie in ihrem Bestreben die allumfassende Hilfe und Unterstützung der Alliierten hatten.

Nicht umsonst sagte nach Kriegsende der britische Premierminister Churchill: „Wir haben wohl in diesem Krieg das falsche Schwein geschlachtet!“

So ist auf dem Territorium der BRD die faschistische Ideologie allgegenwärtig geblieben. Wenn man dabei betrachtet, daß eine ganze Reihe sogenannter rechtslastiger Parteien, die jetzt auf die politische Bühne traten (AfD, Maalens Partei usw.), dann muß man schon der Wahrheit die Ehre geben, ihre Führer, ihre Gründer sind in der CDU groß geworden – ist das bei dieser Vergangenheit ein Wunder?

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

- SEITE 3:**
- Joseph Stalin über den dialektischen Materialismus
 - Kufiya hat in Buchenwald Hausverbot!
- SEITE 4:**
- 500 Jahre Deutscher Bauernkrieg
- SEITE 5 - JUNGKOMMUNIST:**
- Forró: Klang des Widerstands
 - Ey Atze: Dystopie
- SEITE 6:**
- Juri Gagarin
- SEITE 8:**
- Internationales

AUFRUF

Heraus zum 1.Mai,
Kampf- und Feiertag
der Werktätigen

1.MAI



Wenn wir diese Zeitung in der Hand halten, bereiten wir uns auf den 1. Mai vor. Sicher gibt es überall wieder Veranstaltungen aus Anlaß des 1. Mai. Vor hundert Jahren war es ein Kampfaufmarsch der Arbeiter unter Führung der KPD, der Gewerkschaften für die Rechte der Arbeiter und Angestellten. Vor 50 Jahren in der DDR demonstrierten wir für die Erhaltung des Friedens und waren stolz auf unsere erreichten wirtschaftlichen Ergebnisse, die uns Kultur und Bildung als Gemeingut brachten. Und heute?

Einen richtigen Kampftag machen wir wohl nicht, weil es uns sicher verhältnismäßig gut geht, weil für Frieden demonstrieren wohl auch nicht mehr das ist, was es einmal war?

Dabei müßte dieses Jahr wieder lautstark sowohl für den Frieden als auch für unsere Rechte gekämpft werden.

Ich hatte vor der Wahl geschrieben „Wir wählen. Wir Wählen?“ um deutlich zu machen, daß man uns keine Wahl gelassen hat, Nach der Wahl schrieb ich „Wir haben gewählt. Na und?“

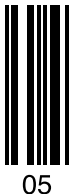
Wenn wir heute unser Wahlergebnis betrachten, was sehen wir? Wir haben alle falsch gewählt, weil halt frei nach Lenin andere Personen nichts ändern, wenn sich die Klassenlage nicht ändert.

Wir haben nun eine neue Regierung, gemeinsam CDU/CSU und SPD, obwohl sicher der Wähler das so nicht gedacht hat. Wir rüsten auf gegen Rußland. Warum? Weil wir einen Angriff aus Osten erwarten. Dabei wissen zumindest die ehemaligen DDR-Bürger, daß das eine Lüge ist. Wir schlucken sie und werden auch noch sozial „gekürzt“.

Fortsetzung auf Seite 3



4 197069 103202



05

Fortsetzung von Seite 1

Um noch einmal zurückzukommen, auch der Generalmajor der faschistischen Wehrmacht Reinhard Gehlen, dem auch damals die Spionageabwehr des Heeres unterstand, schuf nach 1945 die Organisation Gehlen, die später zum Bundesnachrichtendienst umbenannt wurde. Dieser Nazi-Gehlen hat den BND bis 1968 geleitet und wurde am 30. März 1962 ehrenhalber zum Generalleutnant der Bundeswehr befördert.

Natürlich hatte auch die Rüstungsindustrie, die Hitlers Wehrmacht bis an die Zähne bewaffnete, ihre Machtpositionen wieder eingenommen. Aber auch in Staat und Wirtschaft erhielten ehemalige SS- und Gestapo-Mitarbeiter neue Anstellungen.

In dieser Bundesrepublik galten alle Ehren den faschistischen Kriegern, den Helfershelfern Hitlers, an welcher Stelle sie auch ihre Dienste verrichteten. Nachdem die Bundeswehr in ihren Kasernen eingezogen war, beeilte sich die politische Führung, den Kasernen Namen der im zweiten Weltkrieg „verdienstvollen“ faschistischen Generalfeldmarschälle, Feldmarschälle, Generale und Admirale als Ehrennamen zu verleihen. In den Kasernen haben die dort stationierten Soldaten Gedenkecken gestaltet und so wurden jahrelang in der Bundeswehr die Kriegsverbrechen gehuldigt und geehrt. Es wird sich keiner wundern, bis weit in die 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts blieben die vom Staat Bundesrepublik zu Ehren gekommenen Faschisten an den Kasernen als Ehrennamen verewigt.

Als 1989 in der damaligen DDR die Konterrevolution gesiegt hatte, bestand eine der ersten Aufgaben der eingereisten neuen „Staatsdiener“ darin, an Schulen, Kindergärten, Kulturhäusern, Straßen und Plätzen die diesen öffentlichen Stellen verliehenen Namen von Antifaschisten, die in der Hölle des Faschismus zu Tode gepeinigt wurden, zu entfernen, aber auch die antifaschistische Entwicklung in der DDR aus Schulbüchern zu entfernen, sogar ins Gegenteil umzukehren. NEIN, ein antifaschistischer Staat ist diese Bundesrepublik Deutschland nicht.

Diese Bundesrepublik hat bis heute bewußt nicht nur nicht mit dem Faschismus gebrochen, die Bundesrepublik hat seit ihrer Gründung und aber auch schon in der Zeit vorher die faschistische Ideologie im Staat weiter gehegt und gepflegt, dabei muß den staatlichen Abläufen, dem politischen Staatsaufbau und seines Wirkens unter den Prinzipien der bürgerlichen Demokratie schon die entsprechende Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Trotzdem muß man andererseits fragen, ist es eigentlich ein Wunder, wie nahezu alle Politiker und Parteien der Bundesrepublik und ihre Lakaaien in den übrigen europäischen imperialistischen Staaten die faschistische Durchsetzung des ukrainischen Staates als nicht vorhanden abtun? Als, bewußt vom USA-Geheimdienst eingefädelt und minutiös geplant, den Oppositionellen einschließlich den Neofaschisten in der Ukraine, von den USA, der EU und besonders Deutschland illegale finanzielle Unterstützung zugeschoben wurde und 2014 der damit geplante Putsch erfolgreich war, es war übrigens die gleiche Masche, wie der USA-Geheimdienst die Vernichtung Jugoslawiens perfektioniert vorbereitet hatte, kam der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier als erster ausländischer Politiker und scharwenzelte mit den Neofaschisten und den übrigen Oppositionellen auf dem Maidan herum und lachte in die Kamera.

Doch von Stunde an begann auch der Kampf der faschistischen Einheiten in der Ukraine gegen die russischstämmigen Ukrainer. Die russische Sprache wurde in der Ukraine verboten, keine russischen Zeitungen, Zeitschriften, aber auch kein russischsprechender Rundfunk oder Fernsehen wurde zuge-

lassen. Danach kam die Waffengewalt auf die Tagesordnung. 15.000 russischstämmige Ukrainer, davon ungefähr die Hälfte Kinder, kamen ums Leben. Wer noch konnte, floh vor Angst in die Donbas-Volksrepubliken. Diese Asow- und Bandera-Einheiten schreckten auch nicht zurück, mit Granatwerfern auf besetzte Schulen in den Donbas zu schießen, um sie samt Kinder dem Erdboden gleich zu machen.

Als aus Solidarität Bürger in Odessa auf die Straße gingen und demonstrierten, kam die faschistische Bandera-Einheit und trieb die Demonstranten vor sich her. Fluchtartig suchten diese Schutz im Gewerkschaftshaus in Odessa und? Die Bandera-Einheit verriegelte das Gewerkschaftshaus und zündete es an, die darin eingesperrten verbrannten qualvoll. Danach hat Präsident Selensky diese Einheiten Asow und Bandera zu sich geladen und in einer feierlichen Zeremonie wurden diese beiden Einheiten in den Rang von Bataillonen erhoben und in die ukrainische Armee übernommen!

Ehrlich, wollen mir allen Ernstes unsere und die europäischen Politiker die Lüge unter die Weste jubeln, sie hätten das alles nicht gewußt? Ist es nicht Nazi-Stil, was unpäßig für die eigene politische Linie ist, ins Gegenteil zu verkehren, der gleiche Stil drückt sich in den Hasstiraden gegen die Russische Föderation aus, wir wurden nicht von denen vom Faschismus befreit, Russen sind wieder, wie unter Hitler der Feind Deutschlands, wo, kann man da nur fragen, haben diese Politiker diese geschichtsträchtige nicht bewältigte Vergangenheitsideologie her? Lüge ist eben Lüge.

Die Nazis von damals sind nicht mehr da, aber die von ihnen erzogenen politischen Nachkommen haben alles ihnen anezogene gut gelernt. Na und wie das schon bei der Hitlerwehrmacht war, beliefern diese 1945 nicht entsprechend Rheinmetall und all die anderen Kriegsmaterial herstellenden Konzerne Waffen und die dazugehörige Munition an die ukrainischen Faschisten, die wieder gegen die Russen eingesetzt werden.

Und wenn unser Kanzler mit donnernder Stimme in die Massen schreit: „Rußland darf den Krieg nicht gewinnen“, dann möchte er wohl gerne zusammen mit all den anderen Kriegstreibern, Hitlers verlorenen Krieg im Nachhinein doch noch gewinnen? Wieder wird eine Zeit eingeläutet, wo das deutsche Volk kriegsüchtig werden muß, Milliarden gehen in die Aufrüstung, wir brauchen doch eine schlagkräftige Armee.

Umklammert wird diese Russische Föderation, deren Westgrenze ist waffenstarrend vom Baltikum bis an die Südstaaten besetzt und das alles, weil man in die Welt hinausposaunt, daß wir uns gegen die heraufziehende russische Gefahr schützen müssen. Nur bisher hat immer das Deutsche Reich Rußland bzw. die Sowjetunion überfallen und nicht umgekehrt.

In einem literarischen Text heißt es: „Dieses Land führte zwei Kriege, nach dem ersten war es arg zugerichtet und die Not war riesengroß, nach dem zweiten war es noch bewohnbar, aber nach einem dritten wird es nicht mehr auffindbar sein“. Anscheinend wollen es einige kriegslüsterne Politiker darauf ankommen lassen. Das Leben des deutschen Volkes hängt wohl davon ab, mit welcher geeinter Kraft es daran geht, diese Kriegstreiber für immer auszuschalten. Man muß auch ihre Lügen erkennen, mit denen sie ihr angestrebtes Ziel vertuschen und unter der Decke halten.

Zieht man unsere neueste Vergangenheit in Betracht, muß man allerdings auch davon ausgehen, noch nie ist in der Geschichte der Menschheit die Wahrheit auf der Strecke geblieben und sie wird auch hier eines Tages vollauf ans Tageslicht kommen.

Klaus Glaser

Rotes Jugendcamp 2025



Die Jugend der KPD und die SDAJ Erfurt lädt alle jungen Kommunistinnen und Kommunisten, sowie Interessierte zum Roten Jugendcamp ein.

Das Jugendtreffen wird am Wochenende vom 29.08. – 31.08.2025 in Berlin stattfinden. Themen u.a.: Faschismus, Antifaschismus, Militarismus, Köpenicker Blutsonntag, Kuhle Wampe. Weitere Informationen folgen. Bei Interesse meldet Euch per Mail bei: jugendcamp@k-p-d.org.

Wir werden ab Februar dann eine Telegram-Gruppe für die Kommunikation unter den Teilnehmern einrichten. Wir freuen uns auf ein politisches und unterhaltsames Wochenende mit Euch!

KPD-Jugend
SDAJ Erfurt





XVI. Konferenz

»Der Hauptfeind steht im eigenen Land!«

29. Mai bis 1. Juni 2025

Mehringhof · Gneisenaustraße 2a · 10961 Berlin

Schwerpunktthema:

Des Kapitals letzter Retter - Faschismus, sein letzter Ausweg - Krieg

Es referieren und diskutieren:

Jörg Kronauer, Jürgen Lloyd, Rolf Fürst, Heinz Ahlreip, Peter Strathmann, Hedwig Krimmer, Gretl Aden, Ekkehard Lieberam, Ringo Ehlert, Vertreter von SDAJ und von FDJ

Infos: www.gegen-den-hauptfeind.de
Veranstalter: Internet-Plattform secarts.org



MAHNUNG

**Das große Karthago führte drei Kriege.
Nach dem ersten war es noch mächtig.
Nach dem zweiten war es noch bewohnbar.
Nach dem dritten war es nicht mehr aufzufinden...**

Das Gedächtnis der Menschheit für erduldete Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer. ...Diese Abgestumpftheit ist es, die wir zu bekämpfen haben, ihr äußerster Grad ist der Tod. Allzu viele kommen uns heute schon vor wie Tote, wie Leute, die schon hinter sich haben, was sie vor sich haben, so wenig tun sie dagegen. ...Laßt uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde! Laßt uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Munde sind!

Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.

Bertolt Brecht



Der dialektische Materialismus ist die Weltanschauung der marxistisch-leninistischen Partei. Diese Weltanschauung heißt darum dialektischer Materialismus, weil ihr Herangehen an die Naturerscheinungen, ihre Methode der Erforschung der Naturerscheinungen, ihre Methode der Erkenntnis dieser Erscheinungen die dialektische ist, und weil ihre Deutung der Naturerscheinungen, ihre Auffassung der Naturerscheinungen, ihre Theorie materialistisch ist.

Der historische Materialismus ist die Ausdehnung der Leitsätze des dialektischen Materialismus auf die Erforschung des gesellschaftlichen Lebens, die Anwendung der Leitsätze des dialektischen Materialismus auf die Erscheinungen des Lebens der Gesellschaft, auf die Erforschung der Gesellschaft, auf die Erforschung der Geschichte der Gesellschaft. [...]

Die marxistische dialektische Methode wird durch folgende Grundzüge charakterisiert:

- a) Im Gegensatz zur Metaphysik betrachtet die Dialektik die Natur nicht als zufällige Anhäufung von Dingen, von Erscheinungen, die voneinander losgelöst, voneinander isoliert und voneinander nicht abhängig wären, sondern als zusammenhängendes einheitliches Ganzes, wobei die Dinge, die Erscheinungen miteinander organisch verbunden sind, voneinander abhängen und einander bedingen. Darum geht die dialektische Methode davon aus, daß keine einzige Erscheinung in der Natur begriffen werden kann, wenn sie isoliert, außerhalb des Zusammenhangs mit den sie umgebenden Erscheinungen ge-

Joseph Stalin über den dialektischen Materialismus (Auszüge aus „Über dialektischen und historischen Materialismus“)

nommen wird, denn jede beliebige Erscheinung auf jedem Naturgebiet kann in Widersinn verwandelt werden, wenn sie außerhalb des Zusammenhangs mit den sie umgebenden Erscheinungen, losgelöst von ihnen, betrachtet wird, und, umgekehrt, jede beliebige Erscheinung kann verstanden und begründet werden, wenn sie in ihrem unlösbaren Zusammenhang mit den sie umgebenden Erscheinungen, in ihrer Bedingtheit durch die sie umgebenden Erscheinungen, betrachtet wird. [...]

- b) Im Gegensatz zur Metaphysik betrachtet die Dialektik die Natur nicht als einen Zustand der Ruhe und Unbeweglichkeit, des Stillstands und der Unveränderlichkeit, sondern als Zustand unaufhörlicher Bewegung und Veränderung, unaufhörlicher Erneuerung und Entwicklung, in welchem immer irgend etwas entsteht und sich entwickelt, irgend etwas zugrunde geht und sich überlebt. Darum verlangt die dialektische Methode, daß die Erscheinungen nicht nur vom Standpunkt ihres gegenseitigen Zusammenhangs und Bedingtheits, sondern auch vom Standpunkt ihrer Bewegung, ihrer Veränderung, ihrer Entwicklung, vom Standpunkt ihres Entstehens und Vergehens betrachtet werden. Für die dialektische Methode ist vor allem nicht das wichtig, was im gegebenen Augenblick als fest erscheint, jedoch bereits abzusterben beginnt, sondern das, was entsteht und sich entwickelt, selbst wenn es im gegebenen Augenblick nicht fest aussieht, denn für die dialektische Methode ist nur das unüberwindlich, was entsteht und sich entwickelt. [...]
- c) Im Gegensatz zur Metaphysik betrachtet die Dialektik den Entwicklungsprozeß nicht als einfachen Wachstumsprozeß, in welchem quantitative Veränderungen nicht zu qualitativen Veränderungen führen, sondern als eine Entwicklung, die von unbedeutenden und verborgenen quantitativen Veränderungen zu sichtba-

ren Veränderungen, zu grundlegenden Veränderungen, zu qualitativen Veränderungen übergeht, in welcher die qualitativen Veränderungen nicht allmählich, sondern rasch, plötzlich, in Gestalt eines sprunghaften Übergangs von dem einen Zustand zu dem anderen Zustand eintreten, nicht zufällig, sondern gesetzmäßig, als Ergebnis der Ansammlung unmerklicher und allmählicher quantitativer Veränderungen. Darum ergibt sich aus der dialektischen Methode, daß der Entwicklungsprozeß nicht als Kreisbewegung, nicht als einfache Wiederholung des Früheren, sondern als fortschreitende Bewegung, als Bewegung in aufsteigender Linie, als Übergang von einem alten qualitativen Zustand zu einem neuen qualitativen Zustand, als Entwicklung von Einfachem zu Kompliziertem, von Niedermem zu Höherem aufgefaßt werden muß. [...]

Der marxistische philosophische Materialismus wird durch folgende Grundzüge charakterisiert:

- a) Im Gegensatz zum Idealismus, der die Welt als Verkörperung der „absoluten Idee“, des „Weltgeistes“, des „Bewußtseins“ auffaßt, geht der philosophische Materialismus von Marx davon aus, daß die Welt ihrer Natur nach materiell ist, daß die mannigfaltigen Erscheinungen in der Welt verschiedene Formen der sich bewegenden Materie darstellen, daß der wechselseitige Zusammenhang und die wechselseitige Bedingtheit der Erscheinungen, die durch die dialektische Methode festgestellt werden, Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der sich bewegenden Materie darstellen, daß die Welt sich nach den Bewegungsgesetzen der Materie entwickelt und keines „Weltgeistes“ bedarf. [...]
- b) Im Gegensatz zum Idealismus, der behauptet, daß nur unser Bewußtsein wirklich existiere, daß die materielle Welt, das Sein, die Natur nur in unserem Bewußtsein, in unseren Empfindungen, Vorstel-

lungen, Begriffen existiere, geht der marxistische philosophische Materialismus davon aus, daß die Materie, die Natur, das Sein die objektive Realität darstellt, die außerhalb des Bewußtseins und unabhängig von ihm existiert, daß die Materie das Primäre, das Ursprüngliche ist, weil sie Quelle der Empfindungen, Vorstellungen, des Bewußtseins ist, das Bewußtsein aber das Sekundäre, das Abgeleitete ist, weil es ein Abbild der Materie, ein Abbild des Seins ist, daß das Denken ein Produkt der Materie ist, die in ihrer Entwicklung einen hohen Grad von Vollkommenheit erreicht hat, und zwar ein Produkt des Gehirns, das Gehirn aber das Organ des Denkens ist, daß man darum das Denken nicht von der Materie trennen kann, ohne in einen groben Irrtum zu verfallen. [...]

- c) Im Gegensatz zum Idealismus, der die Möglichkeit der Erkenntnis der Welt und ihrer Gesetzmäßigkeiten bestreitet, der nicht an die Zuverlässigkeit unseres Wissens glaubt, der die objektive Wahrheit nicht anerkennt und der Ansicht ist, daß die Welt voll sei von „Dingen an sich“, die niemals von der Wissenschaft erkannt werden können, geht der marxistische philosophische Materialismus davon aus, daß die Welt und ihre Gesetzmäßigkeiten durchaus erkennbar sind, daß unser Wissen von den Naturgesetzen, durch die Erfahrung, durch die Praxis geprüft, zuverlässiges Wissen ist, das die Bedeutung objektiver Wahrheit hat, daß es in der Welt keine unerkennbaren Dinge gibt, wohl aber Dinge, die noch nicht erkannt sind, und diese werden durch die Kräfte der Wissenschaft und der Praxis aufgedeckt und erkannt werden. [...]¹

Ias

1) <https://pdazuerich.ch/wp-content/uploads/2019/10/Stalin-U%CC%88ber-Historischen-und-dialektischen-Materialismus-2-seitig-1.pdf>

Fortsetzung von Seite 1

Dazu kommt, daß sich der Kapitalismus in seiner höchsten und letzten Phase auf dem absteigenden Ast befindet: Kriege allerart und überall bestätigen, daß es ohne Kriege überhaupt nicht mehr weitergeht. Das wäre doch ein Ausgangspunkt für Kampffaktionen.

Genossinnen der Partei die Linke erklärten dazu: „Heute präsentierten CDU/CSU und SPD ihren Koalitionsvertrag. Er ist ein Dokument der Ignoranz gegenüber den hart arbeitenden Menschen und gegenüber den großen Herausforderungen unserer Zeit: gesellschaftlicher Zusammenhalt, explodierende Mieten und immer weiter steigende Preise, die Zerstörung des Planeten und internationale Krisen.“ Und weiter: „Es ist offensichtlich, daß mit dieser Politik die Gefahr von Rechts nicht eingedämmt wird. Für uns ist ganz klar: Rechte Parteien bekämpft man durch eine gute Sozialpolitik, die den Menschen Sicherheit gibt. Wir stemmen uns gegen Ausgrenzung und treten nicht nach unten. Es geht um die Verteilungsfrage und es geht darum, wie eine gerechte Gesellschaft aussieht. Genau dafür kämpfen wir weiter. Mit den Menschen im Parlament und auf der Straße.“ |

Was macht die Arbeiterklasse, besser was machen die Lohnabhängigen, die nur vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben können. Sie gehen Z. B. bei uns in Dresden am 1. Mai in den Alaunpark. Eingeladen hat die Partei die Linke. Es beteiligen sich alle Parteien und Organisationen des Kommunistischen Aktionsbündnisses Dresden (KAD). Es wird so etwas wie ein Volksfest, wenn das KAD nicht politische Überzeugungsarbeit leisten würde. Es wird wohl doch mehr Feier- und weniger Kampftag, der so nötig wäre. Aber ihr habt es weiter oben von den Genossinnen Ines Schwerdtner und Heidi Reichinnek gelesen, „es geht um die Verteilungsfrage“, von Kampf für Arbeiterrechte und Frieden und Kampf dem Kapitalismus kein Wort.

Wenn wir nicht bald richtig munter werden, wie vor hundert Jahren... Dann bleibt wohl nur vom Ausspruch Rosa Luxemburgs „Sozialismus oder Barbarei“ nur die Barbarei übrig.

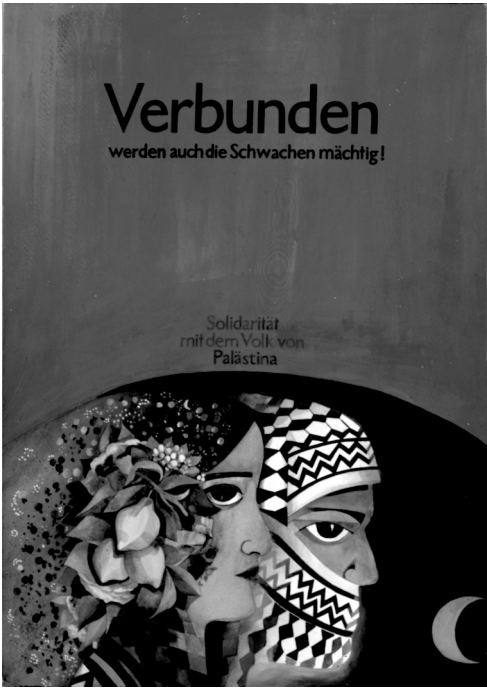
Also, auf auf zum Kampf, Genossen!

Kufiya hat in Buchenwald Hausverbot!

In diesem Jahr jährt sich zum 80. Mal die Selbstbefreiung des Konzentrationslagers Buchenwald. Bereits im August letzten Jahres wurde von der Gedenkstättenleitung versucht, das Tragen der Kufiya, dem Solidaritätssymbol des palästinensischen Befreiungskampfes zu verbieten. Das konnten wir damals noch verhindern.

Entsprechend sah sich die Gedenkstättenleitung in diesem Jahr gezwungen, sich besser vorzubereiten. Direkt nach unserer Ankunft wurden wir von zwei Mitarbeitern gebeten, auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers die Kufiyas abzunehmen. Als Begründung nannten sie einen Absatz in der neuen Hausordnung, laut derer „das Tragen von Kleidungsstücken und Symbolen, deren Herstellung oder Vertrieb im rechtsextremen Feld anzusiedeln sind, ebenso das Tragen von Kleidungsstücken oder Symbolen, die nach objektiver Betrachtung den Grundwerten und dem Zweck der Stiftung widersprechen“ nicht gestattet ist. Auf unsere Nachfrage, inwiefern dies explizit auf die Kufiya zutreffe, antworteten die Stiftungsmitarbeiter, dass die Kufiya ein „Symbol antizionistischer Militanz“ sei. Auf den Hinweis, dass dies so nicht explizit in der Hausordnung stehe, sondern offensichtlich seine persönliche politische Interpretation sei, antwortete er, dies sei „wissenschaftlich erwiesen“. Entsprechend treffe der Passus „objektive Betrachtung“ hier durchaus zu. Dieser Mitarbeiter trug später-entgegen der Hausordnung, die das Tragen von Fahnen verbietet- eine Israel-fahne am Revers und präsentierte sie uns grinsend. Er drohte die Polizei einzuschalten, sollten wir das Gelände mit Kufiya betreten.

Was dann auch geschah. Kurz vorm Eingang des Lagergeländes wurden wir von Polizei und Mitarbeitern der Gedenkstätte abgepasst. Der Genossin, die die Kufiya aus Prinzip weitertrug, wurde von den Mitar-



beitern ein Hausverbot ausgesprochen. Sie weigerten sich nach unserer Bitte um die schriftliche Ausstellung dieses Hausverbots rechtswidrig, ein solches zu verfassen. Wir haben jedoch darauf bestanden und letztlich war es die Polizei selbst, die eine Ausfertigung dieses Dokuments durch die Gedenkstättenleitung veranlasste.

Die schriftliche Begründung für das Hausverbot wurde uns ausgehändigt, nachdem wir etwa anderthalb Stunden unter polizeilicher Beobachtung darauf warten mussten. Während dieser Zeit wurden wir erneut polizeilich kontrolliert, die Beamten wurden laut eigener Ansage explizit angewiesen, Träger von Kufiyas rauszuziehen. In der Begründung heißt es, mit den Regelungen der Hausordnung gehe es darum, „die Widmung des Tages zu schützen“ und „zu verhindern, dass er für andere Zwecke instrumentalisiert wird“. Und: „Der heutige Jahrestag der Befreiung ist dem Gedenken an die Opfer des KZ Buchenwald gewidmet, nicht anderen gegenwärtigen Ausein-

andersetzungen“. Eine armselige Lüge angesichts dessen, dass in allen Reden des offiziellen Gedenkens durchaus die Relevanz in Zeiten „der neuen Bedrohung aus Russland“ und des „erstarkenden antisraelischen Antisemitismus“ betont wurde. Es geht hier also um etwas völlig anderes: mit polizeilichen Maßnahmen sollen unliebsame politische Meinungsäußerungen vom Lagergelände verbannt werden. Und so kam es dann auch. Unsere Genossin verließ unter Polizeieskorte das Lagergelände – ihre Kufiya legte sie nicht ab.

Die Begründungen des Hausverbots sind, wenngleich leider nicht überraschend, doch absurd und gefährlich. Ein aufrichtiges Andenken der Opfer und mutigen Antifaschisten Buchenwalds verpflichtet uns gegen die Kriegspolitik und Völkermordunterstützung Deutschlands aufzubegehren. Wir haben heute viele weitere Menschen mit Kufiya gesehen, die sie nach den Drohungen der Gedenkstättenmitarbeiter abgenommen haben. Wir müssen aber verstehen: Jedes Wegducken ist nur der Anlass, im nächsten Jahr einen Schritt weiterzugehen! Möglicherweise werden sie im nächsten Jahr schon die Kufiya explizit verbieten. Entsprechend werden wir prüfen, gegen dieses Hausverbot nachträglich juristisch vorzugehen.

Der deutsche Staat instrumentalisiert seine faschistische Vergangenheit für die Unterstützung des israelischen Völkermords und seine erneute Kriegsplanung gegen Russland. Jeder, der sich gegen die Verdrehungen stellt, wird es in Zukunft mit der Repression dieses Staates zu tun bekommen. Demokratische Rechte werden jetzt schon abgebaut – der heutige Tag ist Teil dieses Prozesses. Lernen wir aus der Geschichte! Wehren wir uns dagegen!

Stellungnahme der
Kommunistischen Organisation
vom 6.4.2025

500 Jahre Deutscher Bauernkrieg

Wenn wir über 500 Jahre Bauernkrieg schreiben wollen, denken wir natürlich zuerst an Thomas Müntzer und die Schlacht 1525 bei Bad Frankenhausen. Aber wir müssen hier schon etwas weiter zurückgreifen und die Bewegung der Hussiten unter Jan Hus in Böhmen oder die Waldenser in Südfrankreich erwähnen, die sich Anfang des 15. Jahrhunderts herausbildeten. Und natürlich auch ausschlaggebend für die Erhebungen der Bauern in Süd- und Mitteldeutschland zwischen 1524 und 1526 gegen die feudale Ordnung war die Reformation der Papstkirche, die durch den Wittenberger Mönch Martin Luther um 1517 ausgelöst wurde. Hus predigte in Prag gegen die Papstkirche und ihre Vertreter, welche die Worte der Bibel mißachteten. Er vertrat damit die Ansichten des als Ketzer verdächtigten Engländers John Wiclif. Er predigt in der Bethlehemskapelle in Prag in tschechischer Sprache zum Volk:“ Denn ach die weltlichen Herren schützen Not vor undbürden ihren Untertanen immer neue Lasten auf. Und was noch verwerflicher ist, auch die hohen Würdenträger der Kirche, die Päpste, die Bischöfe, die Erzdiakone, die Pröbste die Kanoniker und ihr Anhang , die alle die Mittellosigkeit fürchten, erpressen in teuflischer Weise von den Gläubigen Abgaben, deren Höhe sie willkürlich bestimmen.“ Im Gegensatz zu den Südfranzösischen Waldensern, die Gewaltlosigkeit predigen, fordert er die Unterdrückten zum Handeln auf. Folgerichtig wird er am 6. Juli 1415 in Konstanz am Bodensee auf dem Scheiterhaufen als Ketzer verbrannt. Gut 100 Jahre später haben die Bedrückungen der Kirche, vor allem der Bauern, immer mehr zugenommen. Die Kirche ist der größte Grundbesitzer und besitzt gut ein Drittel aller Ländereien in Deutschland. Das ist natürlich auch den weltlichen Herren ein Dorn im Auge, so daß auch der Adel unzufrieden ist. Auch fühlen sich die Bürger der Städte von den Auflagen der Kirche in ihren Rechten eingeschränkt. Vor allem wurde die Rückgabe der Allmende gefordert. Diese stellte ein allgemeines Gemeindeeigentum an Ländereien, Gewässern und Wald dar. Es kommt dann 1514 vor allem in Süddeutschland zu ersten Bauernerhebungen, unter den im Geheimen gegründeten Vereinigungen des „Bundschuhs“ (Schuhwerk der Bauern) und des „Armen Konrad“. Konrad war der Ausdruck für das einfache Volk. Anführer waren hier Hans Böheim und Joß Fritz. Leider wurden die Unternehmungen und Mitglieder beider Organisationen durch die Verletzung des Beichtgeheimnisses von der Geistlichkeit immer wieder an die Herren verraten. Hans Böheim wurde hingerichtet, aber Joß Fritz konnte untertauchen, wurde nie ergriffen und soll noch bei den Kämpfen ab 1524 dabei gewesen sein. Den entscheidenden Schub zur Entstehung der revolutionären Erhebungen der Bauern gab dann die von Martin Luther 1517 in Gang gesetzte Reformation der Papstkirche. So waren alle Schichten des deutschen Volkes mit der Papstkirche unzufrieden. Immer lauter forderte man eine Änderung der Zustände in der Kirche, eine Reformation. Diese Forderung war ein Teil der allgemeinen Forderung nach einer

Reformation der gesamten Gesellschaft, die seit dem Ende des 15. Jahrhunderts immer häufiger erhoben wurde. Der Widerwille gegen die Papstkirche verschmolz mit der Bewegung des Volkes gegen den Feudalismus. Die breiten Schichten des Volkes waren bereit, gegen die Papstkirche vorzugehen.

zum Schutz vor Verfolgung heimlich auf die Wartburg bringen, wo er die Bibel in die Deutsche Sprache übersetzte und er eine Zeit lang als Junker Jörg verbrachte. Auf der Wartburg erfuhr er von den „Umtrieben“ seines Theologenkollegen Andreas Karlstadt, der die Bauern und das einfache

sen Tyrannen den Weg zu entscheidenden Veränderungen im kirchlichen, sozialen und politischen Leben bahnen sollte. Die Fürsten faßten dieses natürlich als offene Aufforderung zu Aufruhr und Empörung auf, so daß Müntzer im Sommer 1524 aus Allstedt nach Mühlhausen fliehen mußte.

brach der Aufstand in Thüringen aus. Die Aufständischen mißachteten aber schon hier Müntzers Vorschlag die Burg Heldrungen zu stürmen da sich hier der Adel verschanzt hatte. Die Bauern zogen stattdessen durch das Eichsfeld, um Klöster zu zerstören. Danach sammelten sie sich auf dem Schlachtberg bei Frankenhausen, wohin auch Thomas Müntzer mit einigen Geschützen und 300 Bewaffneten gekommen war, um den Bauern Mut zu machen. Inzwischen hatten die Fürsten die Zeit genutzt, um Söldnerheere aufzustellen. So traf am 14. Mai 1525 Landgraf Philipp von Hessen mit seinem Heer in Frankenhausen ein und griff die Bauern in ihrer Wagenburg auf dem Schlachtberg ergebnislos an. Er nahm dann erst einmal Verhandlungen auf und forderte die Auslieferung Müntzers. Inzwischen traf auch Georg von Sachsen mit seinen Truppen in Frankenhausen ein. Nun standen 6.000 fürstliche Söldner den 8.000 Bauern auf dem Schlachtberg gegenüber. Während eines eigentlich vereinbarten Waffenstillstandes und kurz nach einer letzten Predigt Müntzers an das Bauernheer, griffen die Fürsten unvermittelt an. Sie beschossen das Bauernlager aus Geschützen die sie günstig auf einem Hügel plaziert hatten, sorgten so für Angst und Verwirrung im Bauernlager. Dorthinein gingen sie mit all ihren Kräften und überrumpelten die Bauern, die nur noch in Richtung Frankenhausen fliehen konnten. Aber auch dort wurden sie niedergemacht. Unter den Bauern soll es 6.000 Tote gegeben haben. Müntzer wurde ein paar Tage später in Frankenhausen ergriffen auf die Burg Heldrungen gebracht und durch Graf Ernst von Mansfeld verhört und gefoltert. Am 27. Mai 1525 wurde er auf dem Schlachtberg im Lager der Fürsten enthauptet. Friedrich Engels bezeichnete die Thüringer Kämpfe als den Kulminationspunkt des ganzen Bauernkrieges. Damit war wie auch in den andern Hauptaufstandsgebieten der Kampf der Bauern verloren, obwohl sich unter Michael Gaismair in Tirol die Kämpfe noch bis Juni 1526 fortsetzten. Und doch war der deutsche Bauernkrieg der Höhepunkt des Klassenkampfes der Bauern gegen den Feudaladel. Er richtete sich gegen die feudale Ausbeutung und Unterdrückung. Die Größe der Person Thomas Müntzers aber offenbart sich uns in der Konsequenz, daß er sich zur Durchführung seiner Lehren mit den Volksmassen des Bauernkrieges verbündete, daß er von ihnen lernte, mit ihnen kämpfte und dafür starb. Als früher Repräsentant echten revolutionären Denkens und Handelns wurde er zum Propheten einer noch ungeborenen Klasse. Als revolutionärer Führer der Volksmassen im Bauernkrieg deutete er in genialer Weise den Kampf der Arbeiterklasse um eine gerechte Gesellschaftsordnung an. Ahnte er eine künftige klassenlose Gesellschaft ?

(Quellen: Lehrbuch der Geschichte für 6. Klasse der Oberschule, Volk und Wissen Volkseigener Verlag Berlin; 1968; Unter dem Regenbogen- Historische Portraits zur Deutschen Frühbürgerlichen Revolution; Urania Verlag Leipzig-Jena-Berlin 1983)

Axel Schmidt

PS: Man sollte vielleicht noch den Besuch des Bauernkriegspanoramas in Bad Frankenhausen empfehlen. (Dem Meisterwerk von Prof. Werner Tübke)



Es bedurfte nur eines alle in Bewegung bringenden Anstoßes, einer mußte vorangehen und den Anfang machen. Das war Luther. Neben vielen anderen Dingen entlarvte er vor allem den Ablasshandel der Kirche, den vor allem der durch das Land ziehende von Rom ausgesandte Ablasshändler Tetzels skrupellos durchführte. Hier wurde den Gläubigen versprochen, daß sie sich mit dem Erwerb eines sogenannten Ablassbriefes von den Sünden, die sie begangen hatten, freikaufen könnten, und somit nach dem Tod nicht in die Hölle kämen. So soll Tetzels geworben haben: „ Wenn das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt.“ Denn Papst Leo der X. brauchte Unsummen, um seine Bauvorhaben in Rom zu finanzieren. Hier traf Luther mit seinen „95 Thesen gegen den Ablasshandel“ die er am 31. Oktober 1517 an die Tür der Schloßkirche in Wittenberg heftete ins Schwarze. Luthers Thesen wurden vom Volke mit großer Begeisterung aufgenommen; sie waren rasch aus dem Lateinischen ins Deutsche übersetzt und von Buchdruckern verbreitet worden. Daraufhin wurde Luther durch eine päpstliche Bulle exkommuniziert und 1521 vom Reichstag in Worms, durch das kaiserliche „Wormser Edikt“ für vogelfrei erklärt und seine Schriften sollten vernichtet werden. Er hatte dort nämlich jeglichen Widerruf abgelehnt, mit der Begründung er werde das nicht tun, solange er nicht aus der heiligen Schrift heraus oder aus Vernunftsgründen widerlegt würde. Kolportiert wurde seine angebliche Äußerung: „Hier stehe ich, und kann nicht anders.“ Übrigens wurde das Edikt auf dem nächsten Reichstag 1529 nochmals von den katholischen Anhängern der Kirche bekräftigt, wogegen die lutherischen Fürsten protestierten, woraus die Bezeichnung Protestanten entstand. Nach dem Wormser Reichstag 1521, ließ Friedrich der Weise von Sachsen Luther

Volk zu Klosterplünderungen und Übergriffen gegenüber der Obrigkeit anstachelte. Soweit ging Luthers Veränderungswille nicht. Er wollte zwar Kirche und Glauben reformieren, aber wettete jetzt gegen Alle, die die Obrigkeit angriffen. So stellte er sich auf die Seite der Fürsten und somit in Gegensatz zu einem anderen Geistlichen aus Stollberg im Harz: Thomas Müntzer. Müntzer anfangs ebenfalls Anhänger Luthers mußte leider erkennen, daß sein einstiges Vorbild nicht bereit war so weit zu gehen die gesamte Gesellschaft zu verändern. So wurde dann Luther auch von den Aufständischen als „das sanftlebende Fleisch von Wittenberg“ verächtlich genannt. Zwar empfahl Luther Müntzer noch für eine Pfarrstelle in Zwickau, aber nachdem dieser dort eindeutig für die Stadarmut Partei nahm, entließ ihn der Rat, weil er Unruhe und Aufruhr befürchtete. Die Quittung für den Erhalt seiner letzten Bezüge vom 16. April 1521 ist erhalten, und enthält die Unterschrift: Thomas Müntzer, der für die Wahrheit in der Welt kämpft. Nach einer Zeit von Aufenthalten in Süddeutschland, wo Müntzer auch das Aufbegehren der Bauern und des einfachen Volkes unterstützte, bekam er eine Anstellung im zu Sachsen gehörenden Allstedt. Hier machte er einen letzten Versuch, der Obrigkeit ins Gewissen zu reden, er hielt dort am 13. Juli 1524 vor Kurfürst Johann und seinem Sohn Johann Friedrich seine berühmte „Fürstenpredigt“. Er formuliert hier klar die Lehre vom Widerstandsrecht des Volkes indem er folgendes sagt: „Wenn die Fürsten und Obrigkeiten im Kampf um eine gerechte Ordnung ihre Pflicht auf dieser Welt nicht erfüllen, so wird ihnen das Schwert genommen werden und wird dem Volke gegeben werden zum Untergang der Gottlosen, und so müsse die Gewalt übergehen an den gemeinen Mann.“ Er begründet seine Auffassung einer Volksreformation, die durch den Sturz der gottlo-

Nachdem für den dort gegründeten „Ewigen Bund Gottes“ elf Artikel ausgearbeitet wurden, die quasi ein Programm zur revolutionären Umgestaltung darstellten, konnte der Bund sich gegenüber dem alten Rat noch nicht durchsetzen, da sich auch die Bauern der umliegenden Dörfer gegen den „Ewigen Bund“ stellten. Müntzer mußte Mühlhausen verlassen und begab sich wieder nach Süddeutschland. Hier brach schließlich auch noch im Sommer 1524 der Sturm der Bauern los. Sie griffen zu den Waffen. Es bildeten sich rasch drei große Haufen: Der Seehaufen, der Allgäuer und der Baltringer Haufen. Zusammen waren es etwa 30.000 Mann. Sie waren mit Spießen, Hellebarden, Dreschflegeln, Sensen, Messern, Äxten, Morgensternen, Keulen und Schwertern bewaffnet. Geschütze und Munition holten sie sich aus eroberten Burgen und Städten. In ihren Reihen waren auch frühere Landsknechte, die das Kriegshandwerk beherrschten. Die Aufständischen stellten ihre Forderungen auf, die der Feldhauptmann des Baltringer Haufens in Zwölf Artikeln zusammenfaßte. Sie beinhalteten u.a. folgendes: Abschaffung der Leibeigenschaft, Abschaffung des Viehzehnten(der Kornzehnte sollte beibehalten werden), Jagd, Fischfang und Holzung sollen frei sein; Rückgabe der Allmende und der Gemeindewaldungen an die Bauern; freie Pfarrerwahl durch die Gemeinden. Diese Artikel wurden ab März 1525 durch Buchdrucker verbreitet. Ab Februar 1525 hatte sich die Lage in Thüringen verändert und Müntzer konnte nach Mühlhausen zurückkehren. Er stürzte am 16. Und 17. März mit seinen Anhängern den alten Rat der Stadt und bildete den „Ewigen Rat“. Er warb neue Mitglieder für seinen Bund und ließ eine Fahne, die einen Regenbogen zeigt, anfertigen. Müntzer sandte Boten in die Städte und Dörfer, um das Volk zu den Waffen zu rufen. Im April



Ey Atze

Atze: Dystopie... Sciencefiction mit einer negativen Zukunftsaussicht. Eine Antiutopie.

Icke: Das muß ich mal im DUDEN nachschlagen.

Atze: Im DDR-Duden findest du das Wort nicht. Für derartige Zukunftsentwürfe gabs damals keinen Anlaß.

Icke: Keine Erlaubnis meinst.

Atze: Nein. Keinen Anlaß meine ich... der Sozialismus wuchs und erstarkte zu der Zeit und nationale Befreiungsbewegungen fuhren Siege über den Imperialismus ein.

Icke: Das sieht jetzt aber anders aus.

Atze: Allerdings. „Der Imperialismus setzt alles daran, durch Hochrüstung die Spannung in der Welt zu verschärfen, konterrevolutionäre Aktionen in unterschiedlichster Form zu unterstützen und den gesellschaftlichen Fortschritt zeitweilig aufzuhalten.“¹

Icke: Das ist ihm gelungen.

Atze: Und damit änderte sich das Zukunftsbild. Als Autor würde ich heute mit dystopischen Geschichten auf hiesige bedenkliche gesellschaftliche Entwicklungen hinweisen.

Icke: Sowas gabs damals schon zu lesen. Ray Bradbury las ich in den Ferien aus der Stadtteil-Bibliothek.

Atze: Klar. Die USA waren seinerzeit schon imperialistisch. Nun sind wir es auch.

Icke: Und was wäre deine Geschichte?

Atze: Einen derartig verfeinerten Diskurs - wie früher - zu pflegen und ihm zu folgen, ist ja heutzutage kaum einer in der Lage.

Icke: Diskurs... hört hört.

Atze: „Im Kunstzusammenhang verhandelt die Gesellschaft mit der Gesellschaft die Gesellschaft.“² schrieb Peter Hacks in „Unter den Medien schweigen die Mäusen“. Ob und wie sie miteinander verhandelt, zeigt ihren Zustand an.

Icke: Also?!

Atze: In meinem Sci-Fi-Roman würde ich mit einer Keule kommen. Wir sind Teil der Europäischen Union, Teil der „Vereinigten Staaten von Europa“, die - nach Lenin - unter kapitalistischen Vorzeichen entweder unmöglich oder reaktionär sind.

Icke: Also?!

Atze: Der Plot ist der: „Wir kämpfen einen Krieg gegen Rußland“³. Aber, die von den USA emanzipierte NATO-EU will keinen Krieg mit der

Russischen Föderation führen, sie wollen ihn erübrigen. Die NATO-EU versucht die Russische Föderation zwischen der NATO-EU und China in der Zange zu halten, ohne russisches Gebiet zu verletzen.

Icke: Hmm.

Atze: Und "das wird aller Voraussicht nach nicht abgehen, ohne daß russische Nuklearsprengköpfe auf dem Territorium der EU detonieren.“⁴

Icke: Irre.

Atze: Durchaus. Die Erklärung ist, daß der Effekt der provozierten Atomschläge sein soll, daß damit die Bevölkerung hinter den reaktionären „Vereinigten Staaten von Europa“ geeint wird. Bisher haben die Leutchen ja von der EU die Schnauze voll.

Icke: Krude.

Atze: Das ist wohl wahr.

- 1) Erich Hahn, Alfred Kosing, "Marxistische-leninistische Philosophie geschrieben für die Jugend", Dietz Verlag, Berlin 1986 (14. Auflage), Seite 25
- 2) Werner Liersch (Hrsg.), „Die Kraft der Empfindlichkeit. Essays 1949 bis 1990“, Verlag Faber & Faber, Leipzig 1998, Seite 386
- 3) <https://www.rnd.de/politik/annalena-baerbock-krieg-gegen-russland-moskau-fordert-erklaerung-fuer-aussage-YNGEGJ7QACYAAZBN2LPKSFLEM.html>
- 4) <https://tgsrevue.home.blog/2025/03/24/doku-zum-weisbuch-zur-zukunft-der-europaischen-verteidigung/>

Forró: Klang des Widerstands

Forró steht für eine Tanz- und Musikrichtung, die nicht nur Lebensfreude versprüht, sondern auch eine tief politische Geschichte trägt. Wer sich mit der internationalen Arbeiterbewegung beschäftigt, stößt immer wieder auch auf die zentrale Rolle von Kultur, Musik und Tanz. Diese waren und sind oft ein wichtiger Bestandteil der sozialen und kulturellen Aktivitäten von Arbeitervereinen und politischen Organisationen. Tänze stärkten das Gemeinschaftsgefühl, die Solidarität und die politische Identität – und waren zugleich eine Abgrenzung zur oft als dekadent empfundenen bürgerlichen Unterhaltungskultur. Auch Forró kann in diesem Kontext verstanden werden: als Ausdruck einer widerständigen Kultur der Armen, als Form der Selbstbehauptung gegen koloniale und kapitalistische Ausbeutung.

Die Geburt des Forró: Musik der Unterdrückten

Forró ist mehr als nur Musik und Tanz. Seine Wurzeln reichen tief in die Geschichte von Kolonialismus, Sklaverei und Klassenkampf in Brasilien. Die Rhythmen, die heute Menschen auf der ganzen Welt in Bewegung versetzen, sind Ausdruck jahrhundertelanger Unterdrückung – aber auch des Widerstands dagegen. Der Nordosten Brasiliens war eine der Regionen, die am stärksten unter der kolonialen Ausbeutung litten. Bereits 1500 landeten portugiesische Kolonialherren an der brasilianischen Küste, und ab 1530 begann die systematische Kolonisierung. Auf den Zuckerrohrplantagen, die insbesondere in Pernambuco und Bahia florierten, wurden Millionen afrikanischer Sklaven unter unmenschlichen Bedingungen eingesetzt. Schätzungen zufolge wurden zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert etwa 4,9 Millionen Afrikaner nach Brasilien verschleppt – mehr als in jedes andere Land der sogenannten Neuen Welt. Die Mehrheit der versklavten Menschen stammte aus Regionen, die heute zu Angola, der Demokratischen Republik Kongo, Nigeria, Benin, Ghana und Mosambik gehören. Sie brachten ihre Sprachen, Religionen, Rituale und musikalischen Ausdrucksformen mit, die sich mit den kulturellen Praktiken der indigenen Bevölkerung vermischten.

Neben der Versklavung afrikanischer Menschen wurden indigene Gemeinschaften aus ihren Gebieten vertrieben, ausgerottet oder ebenfalls zur Arbeit gezwungen. Die koloniale Ordnung wurde von brutaler Gewalt aber auch von Widerstand begleitet. Bereits im 17. Jahrhundert kam es zu großen bewaffneten und erfolgreichen Aufständen wie der Quilombo von Palmares (1605–1694), einem autonomen Siedlungsgebiet entlaufener Sklaven, das über Jahrzehnte der portugiesischen Kolonialmacht trotzte.

Auch wenn Forró in der heute bekannten Form viel jünger datiert wird, so sind seine Wurzeln in diesem viel größeren Kontext zu finden. In den engen sozialen Räumen der Armen, unter freiem Himmel oder in einfachen Tanzhäusern, fanden die Menschen zwischen harter Arbeit und Armut Momente des kollektiven Austauschs. Musik und Tanz wurden zu Werkzeugen des Überlebens und der Selbstbehauptung. Es ist äußerst wichtig zu betonen, daß Forró – oder die Elemente, die sich vermischten und weiterentwickelten, bis sie zum heutigen Forró wurden – in einer sehr turbulenten Epoche der brasilianischen Geschichte entstand: der Zeit der Sklaverei, in der ethische und ethnische Konzepte ganz anders verstanden wurden als heute. Brasilien war das letzte Land Lateinamerikas, das die Sklaverei erst 1888 offiziell abschaffte – doch die letzten offiziellen

Aufzeichnungen über Sklavenarbeit stammen noch aus dem Jahr 1920. Die Vorläufer des heutigen Forró entwickelten sich also größtenteils während der Sklaverei.

Was bedeutet Forró? Eine Geschichte zwischen Volk und Kampf. Der Begriff „Forró“ selbst ist umstritten und reich an Bedeutung. Manche führen ihn auf das Wort „forrobodó“ zurück – ein Begriff aus der Umgangssprache, der „großes Durcheinander“ oder „Fest“ bedeuten kann. Andere erzählen, dass britische Eisenbahnarbeiter in der Kolonialzeit Einladungen zu Feiern mit dem Ausdruck „for all“ kennzeichneten – offen für alle. Die Menschen aus der Region hätten daraus „Forró“ gemacht. Ob wahr oder Legende – beide Deutungen zeigen: Forró war nie exklusiv. Es war die Musik derer, die ausgeschlossen waren – und die sich genau deshalb versammelten.



Die Instrumente des traditionellen Forró sind die Zabumba, das Akkordeon (Sanfona) und die Triangel. Die Musik ist sehr vielfältig, rhythmisch und lebendig – so auch der Tanz, der mal schnell, fröhlich und energiegeladen, mal langsam und sinnlich sein kann. Im Vordergrund steht die Verbindung und Kommunikation zwischen den Tanzpartnern. Der Forró Grundschritt ist recht einfach und die ersten Schritte schnell erlernt.

Bildquelle: O que é o Forró? Um pequeno apanhado da história do Forró, Ivan Dias e Sandrinho Dupan, 2022

Musik als Spiegel der Gesellschaft

Nach marxistischer Analyse ist Kultur nicht losgelöst von den materiellen Verhältnissen zu betrachten. Die soziale Basis des Forró war und ist die arbeitende Klasse, insbesondere Landarbeiter und Kleinbauern.

Die extrem ungleiche Landverteilung Brasiliens geht auf die koloniale Sesmaria-Politik zurück, mit der große Landgüter an portugiesische Siedler vergeben wurden. Auch nach der Unabhängigkeit 1822 blieb diese Struktur erhalten. Während die Oberschicht riesige Latifundien kontrollierte, blieb der Mehrheit der Bevölkerung der Zugang zu Land verwehrt. Bis heute besitzt etwa 1 Prozent der Großgrundbesitzer fast 50 Prozent des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens. Eine umfassende Landreform wurde nie durchgeführt – trotz wiederholter Versprechen in der brasilianischen Politik.

Forró entwickelte sich in dieser Realität auch als Form des Widerstands gegen die entfremdende Arbeit und die brutalen Lebensbedingungen. Im 20. Jahrhundert wurde der Forró in den Städten populär, insbesondere durch Musiker wie Luiz Gonzaga, der in den 1940er-Jahren die Lieder des Volkes aufgriff und in die Musikindustrie einbrachte. Doch dieser Wandel bedeutete auch eine erste Vereinnahmung: Die herrschende Klasse begann, den Forró als „folkloristische“ Musik zu vermarkten, wodurch er in Teilen entpolitisiert wurde.

Typische Instrumente des traditionellen Forró sind die Zabumba (eine flach gespielte Basstrommel), das Akkordeon (Sanfona) und die Triangel. Diese Kombination erzeugt einen treibenden, rhythmischen Klang, der sowohl melancholisch als auch voller Energie sein kann. Im Zusammenspiel spiegeln die Instrumente das bäuerliche Leben, den Zusammenhalt und die Widerstandskraft der einfachen Leute wider.

Klassenkampf in Musik und Bewegung

Dennoch blieb der Forró in den Armenvierteln und auf dem Land ein Symbol des Widerstands. In den 1980er-Jahren, mit dem Ende der Militärdiktatur (1964–1985), formierte sich die brasilianische Landlosenbewegung MST (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra). Seit ihrer Gründung 1984 kämpft sie gegen die ungleiche Landverteilung, organisiert Landbesetzungen und fordert eine umfassende Agrarreform. Die MST sieht sich als Fortsetzung eines langen Widerstands: von indigenen Aufständen, über die Quilombos (Gemeinschaften geflohener Sklaven), die Cangaceiros im Nordosten bis zu den heutigen Bewegungen. Bis heute hat die MST mehr als 2.500 Landbesetzungen durchgeführt und über 350.000 Familien neu angesiedelt.

Kultur spielt in der Bewegung eine zentrale Rolle. Musik, Theater und Tanz sind integraler Bestandteil der politischen Bildung. Forró wurde dabei bewußt auch als kulturelle Waffe aufgegriffen: Seine Lieder erzählen oft von einfachem Leben, von harter Arbeit, von der Sehnsucht nach Land, von Gerechtigkeit und vom Stolz der bäuerlichen Identität. In den besetzten Gebieten und auf nationalen Treffen erklingen Forró-Rhythmen als Soundtrack des Widerstands.

Kulturelle Hegemonie und die Vereinnahmung

In den letzten Jahrzehnten hat sich der Forró über Brasilien hinaus verbreitet und ist heute auch in Europa und Nordamerika populär. Doch mit dieser Expansion ging auch eine zunehmende Kommerzialisierung einher. Die Musikindustrie schuf den "Forró universitário", eine urbanisierte, oft entpolitisierte Variante, die sich an ein Mittelschichtpublikum richtet. Hier zeigt sich, wie die kapitalistische Kulturindustrie widerständige Ausdrucksformen aufgreift, transformiert und in konsumierbare Ware umwandelt.

Gleichzeitig gibt es auch Gegenbewegungen: Musiker und Aktivisten in Brasilien knüpfen an die revolutionären Wurzeln des Forró an, indem sie seine politische Dimension bewußt wieder in den Vordergrund rücken. Projekte wie "Forró de Raiz", Volksfeste in MST-Siedlungen oder internationale Tanzveranstaltungen, die auf politische Bildung setzen, zeigen: Der Kampf um die Deutungshoheit über diese Musik ist nicht entschieden.

Forró als fortgesetzter Widerstand

Forró ist nicht nur ein sich ständig weiterentwickelnder Tanz und nicht nur Musik. Er ist Ausdruck einer tief verwurzelten sozialen Bewegung, die aus der Geschichte von Sklaverei, Landraub und Klassenkampf hervorgegangen ist. Die Frage ist nicht nur, wie der Forró in Europa und anderswo getanzt wird, sondern auch, wie seine revolutionäre Geschichte fortgeschrieben werden kann. Wer Forró tanzt, tanzt auch auf den Spuren derer, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung zur Wehr setzten. Diesen Geist gilt es zu bewahren, zu erinnern – und weiterzutragen. Denn Forró war nie unpolitisch. Und er muß es auch heute nicht sein.

1. Deutschlandtreffen

Im Kalendarium unserer Zeitung ist unter 25.05.1950 zu lesen:

„Wilhelm Pieck eröffnet die Pionierrepublik „Ernst Thälmann in der Wuhlheide.“

Ich war dabei. Zu Pfingsten 1950 fand in Berlin, der Hauptstadt unserer Republik; das erste Deutschlandtreffen der FDJ statt. Aus allen Schulen der DDR wurden Junge Pioniere ausgewählt, die an diesem Treffen teilnehmen sollten. Mit Sonderzügen wurde wir nach Berlin und zurück gebracht. Eine knappe Woche waren wir dort. Ich war damals Schüler der 7. Klasse der Westschule in Jena und war ausgewählt worden, sowie alle, etwa 10.000 Pioniere, die zum Treffen nach Berlin kamen. Am Pfingstsonntag nahmen wir alle an der großen Demonstration durch unser Berlin teil. Es ging auch damals um Frieden...

Am besagten 25. Mai waren wir alle im Stadion versammelt zur Eröffnung unserer Zeltstadt in der Wuhlheide, der Pionierrepublik „Ernst Thälmann“. Dort sah ich zum ersten Mal unseren Präsidenten Genossen Wilhelm Pieck. Neben ihm die Vorsitzenden der FDJ und unserer Pionier-

organisation Klaus Herde und Margot Feist. Sie wurde ja später als Margot Honecker unsere Volksbildungsministerin... Mit Ansprachen und Liedern wurde so die erste Pionierrepublik in der DDR eingeweiht. Es waren begeisternde Momente damals in Berlin.

Nun bin ich inzwischen 88 Jahre und es gibt viele Momente in meinem Leben, an die ich mich gern erinnere. Zum zweiten Deutschlandtreffen der FDJ 1954 war ich schon FDJler, Schüler der 11. Klasse, Mitglied der FDJ-Schulgruppenleitung, seit dem 5. Mai 1953 Kandidat unserer Partei und nahm als Mitglieder des Chores des Max-Reimann-Ensembles der Friedrich Schiller Universität Jena teil. In der Freilichtbühne Weißensee haben wir uns mit Max Reimann, damals Vorsitzender der KPD in Westdeutschland, getroffen. Er war ja unser Namensgeber. Am 1.11.54 begann das erste organisierte ABF C-Jahr für die Vorbereitung eines Studiums im befreundeten Ausland. Erinnerungen werden wach. Es war ein ereignisreiches Leben bis jetzt.

Juri Gagarin

Am 12. April 1961 um 09:07 Uhr startete die Wostok-Rakete von Baikonor. Der Flug dauerte 1 Stunde und 48 Minuten, während derer Gagarin in ständiger Verbindung mit der Erde stand. Am Ende des Fluges landete die Landekapsel in der Region Saratow, Gagarin selbst stieß sich einige Kilometer von der Erde entfernt ab und landete mit dem Fallschirm.

Der Weg ins All, den Gagarin am 12. April 1961 einschlug, machte ihn zu Recht zu einem Helden nicht nur der Sowjetunion, sondern der ganzen Welt. Das strahlende Bild von Juri Alexejewitsch und sein berühmtes Lächeln wurden zum Symbol des Landes der Sowjets.

Aber ohne die Große Oktoberrevolution, ohne die Modernisierung durch Lenin-Stalin, ohne die Kulturrevolution, ohne den Sieg über den Faschismus wäre der Durchbruch ins All unmöglich gewesen.

Am 13. Mai 1946 unterzeichnete Stalin in einem

vom Krieg zerrütteten Land den Erlaß des Ministerrats der UdSSR Nr. 1017-419ss „Fragen der reakti-



ven Bewaffnung“. Dieses Dokument sah den Aufbau einer völlig neuen Industrie von Grund auf vor. Der Start des ersten künstlichen Erdsatelliten, der Bau von Raumschiffen und -stationen und schließlich der Flug von Gagarin waren die Folge der konsequenten Umsetzung von

Stalins großem Plan durch die UdSSR.

Gagarins Leistung wurde dank der Genialität der sowjetischen Wissenschaftler S.P. Korolew, M.W. Keldysch und ihrer Mitarbeiter möglich, als Ergebnis der heroischen Arbeit von Millionen Sowjetbürgern - Konstrukteuren, Ingenieuren und Arbeitern.“

Diesen welthistorischen Taten wurde am 12. April 2025 auf dem Plenum der KPRF aus gegebenem Anlaß gedacht. Das konnte nur verwirklicht werden, weil sich damals Kommunisten ihre Ziele aus der Notwendigkeit der Ein- und Überholung des Kapitalismus bestimmten, und nicht wie später aus Abwägung des Möglichen. Wo das letztere hinführt haben wir alle erlebt. Deswegen müssen wir wieder Ziele setzen aus der oben genannten Notwendigkeit des Sturzes der Kapitalismus. Davon sind wir leider weit entfernt.

W.S.

Spendenaufruf

wegen Wiederaufnahme des Strafprozesses gegen Alexandra Veber, ein Mitglied der „Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg“, wegen Zeigens faschistischer Kennzeichen (Hakenkreuzen) auf den Uniformen ukrainischer Soldaten auf einer unserer nunmehr 26-jährigen wöchentlichen Mahnwachen.

Die „Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg“ demonstrieren in Form von Antikriegsmahnwachen schon 26 Jahre lang zweimal wöchentlich gegen Aggressionskriege in aller Welt.

Ein Mitglied unserer Vereinigung wies an diesem Tag anhand einer Fotomontage aus dem Internet darauf hin, daß innerhalb der ukrainischen Armee faschistische Kräfte tätig sind, die bei ihren Militäreinsätzen voller Stolz ein Hakenkreuz an den Revers ihrer Uniformen tragen. Alexandra Veber hielt ein Transparent hoch, auf dem ukrainische Soldaten abgebildet waren, welche mit genau diesen Nazisymbolen tätowiert waren, und diese stolz zeigten.

Kommentar zum obigen Sachverhalt:

Während die deutsche Regierung seit dem blutigen Staatsstreich in der Ukraine im Jahre 2014 – finanziert und durchgeführt durch die USA – der faschistoiden Ukraine (dortiges Militär trägt offen faschistische Kennzeichen zur Schau!) sogar militärische Hilfe zuteilwerden läßt, werden Mitglieder unserer Vereinigung angezeigt, weil sie auf das offene Tragen von Hakenkreuzen von Soldaten der ukrainischen Armee in der Ukraine aufmerksam machen.

Mit anderen Worten: Während die deutsche Regierung in der Bundesrepublik zurecht das Zeigen faschistischer Kennzeichen, wie z.B. Hakenkreuzen, verbietet, toleriert sie in der von ihnen militärisch unterstützten Ukraine das dortige Tragen faschistischer Kennzeichen!

Schlimmer geht's wirklich nicht!

Mittlerweile fand gegen Alexandra Veber – nach zweimaliger Vertagung – am 7. November 2024 um 9.00 Uhr, im Amtsgericht Tiergarten (Moabit) in der Turmstrasse 91, Sitzungssaal A 671, die Hauptverhandlung wegen der Strafsache des „Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen statt“.

Die Solidarität der Friedensbewegung innerhalb Deutschlands und über die Grenzen hinweg ist notwendig, um gegen diese unhaltbaren Zustände zu protestieren, bei denen deutsche Menschen verurteilt werden, die die Wahrheit über den seit 2014 stattfindenden Krieg in der Ukraine verbreiten und Kriegsverbrechen durch die ukrainische Armee an der eigenen russischen und ukrainischen Bevölkerung, die sich mit dem blutigen Staatsstreich der USA in der ganzen Ukraine nicht abfinden wollen, von der deutschen Regierung und ihrer Medien verschwiegen werden.

Die Richterin hat auf der Hauptgerichtsverhandlung am 7.11.2024 der

- Verurteilung von Alexandra Veber entsprochen.
- Sie wurde zu 50 Tagessätzen a) 15 Euro plus Gerichtskosten verurteilt.
- Rechtsanwältin Seymour will dagegen Berufung einlegen.

Dazu brauchen wir Euere finanzielle Unterstützung. Spenden an:

- **B. Queck,**
- **Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam**
- **IBAN DE 91 16050000 4504127569**
- **Verwendungszweck Alexandra**

Warum muß unser Genosse Felix Eyermann am 26.03.2025 ins Gefängnis?

Werner einleitend: Bei der Räumung der Köpi-Wagenburg solidarisierte sich Felix sitzend mit den Protestierenden und wurde gewaltsam von der Polizei weggetragen.

Felix kommentiert den Vorfall: „Aufgrund meiner Körpergröße und meines Gewichts überforderte ich offenbar die mich tragenden Polizisten. Die Beamten brachten mich hinter einen Polizeibus, schlugen und verletzen mich und anschließend. Dafür erhielt ich eine Anzeige wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte. Im Gerichtsverfahren wurden diese Vorwürfe durch Aufnahmen von „Stern TV“, „RBB“ und „Focus Online“ widerlegt, was dem Gericht jedoch nicht als Entlastung für mich interessierte.“

Werner darauf: Und er wurde trotzdem wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte – zu neun Monaten Haft im offenen Vollzug verurteilt.

Felix: „Mein Pflichtverteidiger erklärte mir, daß dies nur gelang, weil die Polizeirechtsverschärfungen vor Kurzem in Kraft traten. Vor dieser Gesetzesverschärfung wäre die Ankla-

ge aufgrund mangelnder Beweise fallengelassen worden.“

Dieses Interview führte Werner von der LO Berlin-Brandenburg für die RF.

Wir Genossen der KPD verurteilen das Vorgehen der Polizei aufs schärfste. Der Richterspruch stellt eindeutig eine Grundgesetzverletzung gegen das Widerstandsrecht der Bürger im Sinne der Versammlungsfreiheit dar. Welche Angst müssen die Herrschenden haben, wenn ihre Exekutive mit Fäusten, Fußtritten und Urteile ihre Macht in seine Bürger schlägt?

Unsere Solidarität gehört dem Genossen Felix Eyermann. Schreibt ihm Briefe in die:

JVA Berlin Offener Vollzug
Kisselallee 19
13589 Berlin

Da er wegen der Inhaftierung ohne Einkommen ist, spendet bitte an:

Felix Maxim Eyermann
DE05 1005 0000 6010 8280 64

Kommunistische Grüße an Dich und Kopf hoch – Trotz alledem!

In eigener Sache: Deine Unterstützung für „Die Rote Fahne“

Liebe Genossinnen und Genossen,

„Die Rote Fahne“ erscheint 12 Mal im Jahr und bietet eine marxistische Perspektive auf die politischen und gesellschaftlichen Themen unserer Zeit. Wir alle arbeiten ehrenamtlich und aus Überzeugung, doch auch eine unabhängige Zeitung hat ihre Kosten. Besonders der Druck und der Versand per Post stellen eine erhebliche finanzielle Belastung dar.

Mit einem Jahresabonnement hilfst du uns, diese Kosten zu decken und die wirtschaftliche Stabilität der Zeitung zu sichern. Je mehr Abonnentinnen und Abonnenten wir haben, desto besser können wir den Betrieb aufrechterhalten und auch künftig regelmäßig erscheinen – ohne Kompromisse bei der Qualität.

Überlege doch bitte, ob du nicht ein Abonnement abschließen möchtest. Damit unterstützt du nicht nur unsere Arbeit, sondern auch die politischen Ziele, die wir gemeinsam verfolgen. Deine Unterstützung macht einen großen Unterschied und hilft uns, weiterhin eine kritische, informative und vielseitige Perspektive auf die aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen zu bieten.

Wir freuen uns, wenn du uns auf diesem Weg unterstützt und Teil dieser wichtigen Arbeit wirst.

In solidarischer Verbundenheit,
die Redaktion

Die Rote Bücherocke

Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben

Zeitzeugen und Dokumente geben Auskunft

Heinz Keßler – Fritz Strelitz

„Kennedy meinte, die Mauer sei keine schöne Lösung, aber tausendmal besser als Krieg.“

Er kannte die Pläne, wußte, wie dünn der Faden war, an dem der Frieden hing, schickte, nach der Frage wie viele Amerikaner bei einem Nuklearkrieg sterben würden – 70 Millionen – einen persönlichen Beauftragten nach Moskau...



Die ranghöchsten DDR Militärs Armeegeneral a.D. Heinz Keßler und Generaloberst a.D. Fritz Strelitz legen ausführlich belegbar Zeugnis ab, wie, warum und in wessen Interesse der „Mauerbau“, zwar nicht den kalten aber den 3. heißen Weltkrieg verhinderte und daß der Gegner nicht gegen den Sozialismus zu Felde zog, weil er dort den Menschen- und Freiheitsrechten, der Demokratie oder anderen hohlen Phrasen, zum Durchbruch verhelfen wollte, sondern weil es um Territorium, Rohstoffe, Absatzmärkte, kurz um Profit ging. Dafür wunden und werden Kriege geführt und darum ging es auch 1961.

Damals hatte die deutsche Arbeiterklasse die Verteidigungswaffen, heute ist sie „wehrlos“, hat weder einen Staat noch ein Bündnis, aber eine Perspektive, sofern sie sich ihrer Erfahrungen bewußt wird und sich diese nicht ausreden läßt. Unbedingt lesen!

ISBN 978-3-360-01825-0
edition ost

Wir verneigen uns vor unserem Genossen, Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, Stellvertreter des Ministerium für Nationale Verteidigung und Chef des Hauptstabes der NVA, Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates der DDR und Stellvertreter des Oberkommandierenden der Vereinten Streikkräfte,
dem Generaloberst a.D. FRITZ STRELETZ

28. September 1926 – 24. März 2025

Getreu erfülltest Du den geleisteten Fahneneid eines Soldaten der Nationalen Volksarmee im Dienst für Deine und unsere sozialistische Heimat DDR, dem wahren Vaterland der eigenen Klasse und dem Schutz des nationale und internationalen Friedens. Weder die Konterrevolution, deren Siegerjustiz und das Gefängnis haben Deine Ideale, dem Frieden und der Völkerfreundschaft zu dienen gebrochen.

Dafür wirst Du, lieber Fritz auch weiterhin unser Ratgeber, Mahner und Kampfgefährte bleiben – das ist unser Schwur.

Wir sind in diesen schweren Stunden ganz nah bei Deinen Angehörigen, Genossen und Freunden.

Mit kommunistischem Gruß
Vorsitzender und die Genossen der
Kommunistischen Partei Deutschlands

+++ AUS LESERBRIEFEN +++ AUS LESERBRIEFEN +++

Für namentlich gekennzeichnete Leserbriefe tragen die Autoren die Verantwortung. Deren Meinung muß nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Gedanken zum Beitrag „Das ist dein Auftrag, Kommunist“, Die Rote Fahne – 01/2025 – Seite 3

Die Januarnummer unserer Zeitung „Die rote Fahne“ sagt uns über uns folgerndes:

„In der Partei zu sein IST ein Privileg. Du hast das Vorrecht mit den Arbeiten be- traut zu werden die am schwersten sind, im Kampf dort zu stehen wo die gerings- te Deckung ist, über Brücken zu gehen bevor ihre Festigkeit geprüft werden konnte, aufrichtig sein zu müssen, wenn eine Lüge oder eine Ausrede bequemer wäre.

In der Partei zu sein bedeutet, daß es für dich keine Stimmenthaltung mehr gibt. Nur noch ja oder nein. In der Partei zu sein bedeutet, du mußt sie verlassen wenn sie sich auf dich nicht mehr verlas- sen kann. Dein Privileg ist der Mangel an freien Stunden, ein Höchstmaß an Pflichten, Verantwortung über Verant- wortung.“

Es ist an der Zeit, uns daran zu erin- nern, warum wir einen Antrag auf Auf- nahme in die Partei gestellt haben, oder warum man uns gebeten hat, Mitglied dieser Partei zu werden.

Ich war 8 Jahre als der Krieg zu Ende ging. Meine Helden waren die Kämpfer der Roten Armee im Bürgerkrieg, im gro- ßen vaterländischen Krieg, es waren die Komsomolzen, die Komsomolsk am Amur gegründet und aufgebaut haben, die Hel- den der „jungen Garde“, es waren Kinder, wie Gawrik und Petja aus „Es blinkt ein einsam Segel“, aber auch die aus „Timur und sein Trupp“. Für gute Arbeit in der Kindergruppe der „Gesellschaft zum Stu- dium der Kultur der Sowjetunion“ (Vor- gänger der DSF) bekam ich 1948 das Buch „Die Mutter“ von Maxim Gorki. Auch Pa- wel und seine Mutter waren Vorbilder für mich...

So war es sicher logisch, daß mich als Schüler der 10. Klasse der Gegenwarts- kundelehrer fragte, ob ich Kandidat unse- rer Partei werden will. So wurde ich am 5. Mai 1953 mit zwei Bürgen (auch Lehrer) als erster Schüler an unserer Schule Kan- didat. Ich habe viel gelesen, gelernt, Par- teiaufträge erfüllt, später Funktionen übernommen... Für mich war es immer ein Privileg Genosse zu sein, damit stän- dig Vorbild.

Es wird höchste Zeit, daß wir an uns ar- beiten, daß wir uns weiterbilden in einem Parteilehrjahr, das diesen Namen ver- dient, und zwar monatlich. Dazu brau- chen wir eine ideologische Kommission, die auch diesen Namen verdient und die Zirkelleiter anleitet und allen Genossen ordentliche Lehrmaterialien in die Hand gibt und nicht jahrelang diskutieren läßt, über Imperialismus ohne Ende und ohne Ziel. Auch regelmäßige Versammlungen (auch im Netz) müssen wieder ständig ge- pflegt werden...

Genossen, die uns verlassen haben, soll- ten über eine Rückkehr nachdenken. Auch unsere Bemühungen um eine (nicht eine Handvoll) kommunistische Partei sollten wir verstärken. Einmal im Jahr da- zu in Thüringen zusammenkommen ist zu wenig. Dabei ist die einzige Kraft, die den „Weltuntergang“ aufhalten kann, die Ar- beiterklasse. Dazu braucht sie eine (nicht eine Handvoll) kommunistische Partei, die den Namen verdient. Ist leider weder in der BRD, noch sonst wo zu finden.

Auf, auf zum Kampf, zum Kampf sind wir geboren!

W. Sch

Antwort auf den Leserbrief von Frau Johanson - Die Rote Fahne 04/2025 - Seite 7

Sehr geehrte Frau Johanson,

erst einmal vielen Dank für ihren Leser- brief, zeigt es uns doch, daß die Beiträge in unserer Roten Fahne mit Interesse gelesen werden. Da sie sich in ihrer Zuschrift kurz vorgestellt haben, möchte ich das auch tun. Ich schreibe seit 25 Jahren die Beiträge zu Umwelt- und Agrarthemen in der Roten Fah- ne, bin seit 4 Jahren Rentner und werde in diesem Jahr 69 Jahre alt. Von Beruf bin ich Diplom- Agraringenieur und habe 5 Jahre an der Martin-Luther-Universität in Halle Land- wirtschaft studiert. Danach konnte ich noch 8 Jahre Agrotechniker und Mechanisatoren am Volkseigenen Gut Saat- und Pflanzgut- produktion Aschersleben ausbilden, bis es zur Konterrevolution 1989 kam. Die letzten 12 Jahre vor meiner Rente arbeitete ich in ei- ner Ökologischen Sanierungs- und Entwick- lungsgesellschaft bei Aschersleben an Projekten im Umweltschutz. Sie sehen also ein ganz klein wenig Ahnung von der Mate- rie habe ich auch. Nun zu ihrem Leserbrief.

90% von dem, was sie ansprechen, würde ich sofort unterschreiben. Ich habe dazu überhaupt keine andere Meinung. Nur hat das im Großen und Ganzen nichts mit dem Thema meines Artikels zu tun. Der Titel lau- tet: „Kritischer Agrarbericht 2025“ und meine Absicht war einige Zahlen und Fakten daraus vorzustellen, die sich mit dem Ökolandbau befassen. Damit behaupte ich nicht mit Öko die Welt retten zu wollen. Aber ich fand es schon interessant, was diese Wissenschaftler im Bezug auf die positiven Wirkungen des Ökolandbaus im konkreten Fall herausgear- beitet haben. Und wie im Artikel gesagt, sind diese Angaben alle nachprüfbar. Der größere Zusammenhang dieser Problematik besteht nun einmal darin, daß wir bei den sich im- mer klarer zeigenden klimatischen Verände- rungen auf der Erde auch im Bereich Landwirtschaft nach Wegen suchen müssen ökologischer und umweltfreundlicher zu wirtschaften als bisher. Und dazu sollen diese Daten einen Anstoß geben. Denn ich für meinen Teil gehe nicht davon aus, daß die 11.000 Unterzeichner des Klimaappells alles von den Kapitalisten gekaufte Ahnungslose sind, die dem Volk Angst machen sollen. Jetzt vielleicht noch eine Erläuterung meines Hinweises auf den Film „Der Rat der Götter“. Den habe ich deshalb gewählt, um zu ver- deutlichen, daß eben die Verfasser des „Kriti- schen Agrarberichts“ (Thema des Artikels) bei aller fachlichen Kompetenz, die sie haben mögen, nicht die gesellschaftlichen kapitalis- tischen Verhältnisse für diese Zustände ver- antwortlich machen. Und genau solch einen langen schweren Erkenntnisprozeß der ge- sellschaftlichen Verhältnisse und der Verant- wortung, die der einzelne Wissenschaftler für seine Arbeit hat, macht die Hauptfigur des Filmes durch. Und genau deshalb paßt dieser Film.

Nun nochmal kurz zu den vielen Aspekten, die sie in ihrem Leserbrief ansprechen. Hier- zu kann ich sagen, daß unsere Agrar- und Umweltinformationen in der einen oder an- deren Form auch schon einmal auf diese Fra- gen eingegangen sind. Sei es zur gesunden Ernährung, zu den Transporten von Lebens- mitteln, zu den Handelsbedingungen, die zum Beispiel durch einige Großkonzerne diktiert werden, sei es zur Versiegelung von landwirtschaftlicher Nutzfläche und, und, und. Das war aber nicht Thema dieses Arti- kels.

Vielleicht konnte ich ihnen mit meinen Ausführungen etwas helfen.

Übrigens hat unsere Genossin Cornelia Noack vorgeschlagen sie, als Autorin für Ar- tikel aufzunehmen. Das kann natürlich nur unsere Redaktion entscheiden. Zu der ich nicht gehöre. Ich bin jedenfalls für jedwede Entlastung dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Axel Schmidt

Aschersleben, den 03.03.2025

KALENDARIUM - MAI

Gedenk- und Feiertage

- 01. Mai: Internationaler Kampf- und Feiertag der Werktätigen
- 08. Mai: Tag der Befreiung des deutschen Volkes vom Fa- schismus durch die Unterzeichnung der bedin- gungslosen Kapitulation (in der DDR)
- 08. Mai: Internationaler Rot-Kreuz-Tag
- 09. Mai: Tag des Sieges der Völker der Sowjetunion über den Hitlerfaschismus. (in der DDR)
- 10. Mai: Tag des freien Buches im Andenken an die Bü- cherverbrennung 1933 in Deutschland
- 17. Mai: Weltfernmeldetag
- 18. Mai: Internationaler Museumstag

Historische Ereignisse

- 01.05.1960: Abschluß des US-amerikanischen Spionage- flugzeugs U-2.
- 05.05.1875: Karl Marx: „Kritik des Gothaer Programment- wurfs“.
- 05.05.1955: Die am 27. Februar 1955 ratifizierten Verträge von Paris treten in Kraft. Die BRD ist in die NATO eingegliedert.
- 09.05.1945: Mit Hilfe sowjetischer Truppen befreit sich Prag.
- 10.05.1940: Beginn der faschistischen Westoffensive über Belgien, Luxemburg und die Niederlande ge- gen Frankreich.
- 14.05.1955: Unterzeichnung zur Gründung des Warschau- er Vertrages.
- 15.05.1945: Die „Tägliche Rundschau“ erscheint in Berlin.
- 16.05.1950: Auf Antrag des FDGB wird im zentralen Aus- schuß des demokratischen Blocks Überein- kunft erzielt zu einer gemeinsamen Kandidatenliste der Nationalen Front und ei- nem gemeinsamen Wahlprogramm.
- 19.05.1945: Dr. Arthur Werner, parteiloser Demokrat, wird 1. Oberbürgermeister von Berlin.
- 22.-27.05.1875: Vereinigungskongreß in Gotha. Karl Marx: „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei.“
- 25.05.1950: Wilhelm Pieck eröffnet die Pionierrepublik „Ernst Thälmann“ in der Wuhlheide.
- 28.05.1871: Blutige Niederschlagung der Pariser Kommune.
- 29./30.05.1949: In Berlin tagt der 3. Deutsche Volkskon- greß. Wichtigster Punkt der Beratung war die Verfassung einer einheitlichen deutschen de- mokratischen Republik. Der Entwurf war am 3. August 1948 dem ganzen deutschen Volk zur Aussprache unterbreitet worden.
- 29./30.05.1950: Deutschlandtreffen der Jugend in Berlin.
- 31.05.1924: Gründung des „Roten Frontkämpfer-Bundes“ (RFB).

Historische Personen

- 02.05.1901: Willi Bredel geboren.
- 02.05.2017: Heinz Keßler gestorben
- 05.05.1818: Karl Marx geboren.
- 06.05.2016: Margot Honecker gestorben
- 09.05.1805: Friedrich Schiller gestorben.
- 11.05.1952: Phillipp Müller, Gewerkschafter, Kommunist, Mitglied der FDJ, Gegner der Remilitarisie- rung, von der BRD-Polizei in Essen ermordet.
- 15.05.2017: Dr. sc. Dr. h.c. Kurt Gossweiler gestorben
- 16.05.1938: Artur Becker von den Faschisten im Spani- schen Bürgerkrieg ermordet.
- 18.05.1981: Erich Correns gestorben.
- 21.05.2000: Erich Mielke gestorben
- 22.05.1891: Johannes R. Becher geboren.
- 24.05.1874: Hermann Duncker geboren.
- 27.05.1525: Thomas Müntzer ermordet.
- 29.05.1994: Erich Honecker gestorben.
- 30.05.1982: Albert Norden gestorben

IMPRESSUM:

Die Rote Fahne

ISSN 1433-6383

Herausgeber: Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands. Presse-, Publikations- und Informationsdienst der KPD -PPI- Eigenverlag und Vertrieb „Wilhelm Pieck“.

Redaktion: „Die Rote Fahne“ / „Schriftenreihe der KPD“.

Redaktionsanschrift: Die Rote Fahne, Johannesstraße 156, 99084 Erfurt.

Internet-Homepage: www.drf.k-p-d.org

E-Mail: info.drf@k-p-d.org

Für Artikel: redaktion-drf@k-p-d.org

Abonnement: abo-drf@k-p-d.org

Bankverbindung: Berliner Sparkasse - IBAN: DE23 1005 0000 1813 0614 63 - BIC: BELADEBEXX.

Chefredakteurin: Iris Harnack, V.i.S.d.P. | Stellvertreter: Karsten Günther

Erstellt mit SCRIBUS - Open Source Desktop Publishing

Druck: Druckerei Böhlau, Ranftsche Gasse 14, 04103 Leipzig

Die „Die Rote Fahne“ ist als Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands ihrem Programm verpflichtet. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist als Partei beim Bundeswahlleiter registriert. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge tragen die Autoren die Verantwortung. Deren Meinung muß nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Unsere Autoren schreiben sämtlich honorarfrei. Die Redaktion arbeitet ehrenamtlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Redaktionsschluß für „Die Rote Fahne“ Juni 2025: 10. Mai 2025.

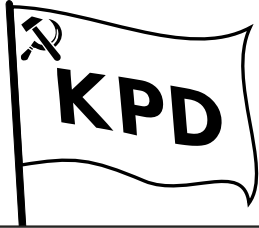
KONTAKTADRESSEN DER KPD

- **Kommunistische Partei Deutschlands**
Zentralkomitee
Johannesstraße 156
10243 Berlin
Mobil 0170/1831495
Telefon 0361/64458760
E-Mail: post@k-p-d.org
Büro: Jeden ersten Mittwoch, 19:00 Uhr, bitte vorher unter Mobil (s.o.) anmelden
- **Redaktion „Die Rote Fahne“**
siehe Impressum (S. 7 rechts unten)
- **KPD-Landesorganisation Berlin/Brandenburg**
c/o Werner Hänsel
E-Mail: ll.berlin.brandenburg@k-p-d.org
<http://berlin.brandenburg.k-p-d.org>
- **Ansprechpartner für Brandenburg:**
c/o Cornelia Noack
E-Mail: cornelianoack@gmx.net
- **KPD-Landesorganisation Sachsen**
Email: ll.sachsen@k-p-d.org
- **KPD-Regionalorganisation Dresden**
c/o Torsten Reichelt
E-Mail: ro.dresden@k-p-d.org
Kontakt Oberlausitz: 03583/69 07 45
- **KPD-Regionalorganisation Leipzig/Umland**
c/o Patrick Büttner
E-Mail: ro.leipzig-umland@k-p-d.org
- **KPD-Landesorganisation Sachsen-Anhalt**
E-Mail: sachsen-anhalt@k-p-d.org
- **Kontakt: Halle/Bernburg**
E-Mail: ro.halle-bernburg@k-p-d.org
- **Kontakt: Zeitz**
E-Mail: ro.zeitz@k-p-d.org
- **KPD-Landesorganisation Thüringen**
- **KPD-Regionalorganisation Erfurt**
- **KPD-Regionalorganisation Bad Langensalza und Umland**
c/o Torsten Schöwitz
Johannesstraße 156
99084 Erfurt
- **KPD Hessen**
E-Mail: hessen@k-p-d.org
- **KPD Mecklenburg-Vorpommern**
c/o Lothar Piechowski
Klein-Lehmhagensdorfstraße 31
18507 Grimmen
Telefon 038326 / 42 47 99
- **KPD NRW**
E-Mail: nrw@k-p-d.org
- **KPD Wasserkante**
E-Mail: wasserkante@k-p-d.org

ZITAT

Die Multimilliardäre können froh sein, daß wir ihre Produktionsmittel brauchen, und nicht ihren Kopf.

VKFA



+++ INTERNATIONAL +++ INTERNATIONAL +++

Neuer Photovoltaik-Solarpark in Granma in der Endphase der Montage

Am Rande der Stadt Bayamo, der Hauptstadt von Granma, werden die letzten Anpassungen am technischen und baulichen Aufbau des Projekts vorgenommen, damit es in naher Zukunft an das nationale Stromnetz (SEN) angeschlossen werden kann

Im Photovoltaik-Solarpark La Sabana am Rande der Stadt Bayamo, der Hauptstadt von Granma, werden die technischen und baulichen Vorbereitungen für die baldige Synchronisierung mit dem nationalen Stromnetz (SEN) abgeschlossen.

Der Ingenieur Geider Mompié Rodríguez, Direktor der Empresa Eléctrica de Granma, sagte, dass die Gesamtausführung dieser Struktur mit einer installierten Erzeugungskapazität von 21,8 Megawatt (MW) zu mehr als 92% abgeschlossen ist.

In La Sabana - dem ersten der vier Solarparks, die derzeit in der Provinz gebaut werden - befinden sich die Arbeiten in der Endphase der technischen Montage, während ein anderer Teil der Arbeiten noch auf die Verkleidung wartet, zu der auch die Verlegung der Glasfaserkabel gehört.

Diese Maßnahmen sollten aber bis zum 14. März abgeschlossen sein, dann werden die Anpassungs- und Inbetriebnahmeprüfungen beginnen, bis die Betriebsstandards des Parks vollständig eingerichtet sind und er mit dem SEN synchronisiert ist.

Im Rahmen dieses Programms zur Förderung der Energiewende hin zu erneuerbaren Energiequellen und der Strategie zur Wiederherstellung des nationalen Stromnetzes werden in Granma auch Fortschritte beim Bau von drei weiteren Parks in den Gemeinden Niquero, Manzanillo und Río Cauto erzielt.

Ein weiteres Programm wird in der Provinz durchgeführt, um 1.200 Photovoltaikanlagen auf abgelegenen Häusern, die nicht an das SEN angeschlossen sind, zu sanieren, und der Bau von zwei Parks mit je 5 MW in den Gemeinden Yara und Guisa ist ebenfalls geplant.

Autor: Mailenys Oliva Ferrales | Granma

<https://de.granma.cu/cuba/2025-03-08/neuer-photovoltaik-solarpark-in-granma-in-der-endphase-der-montage>

Russischer Präsident missbilligt NATO-Ausweitung in die Arktis

In einer kürzlich gehaltenen Rede auf einer Plenarsitzung des 6. Internationalen Arktisforums in Murmansk mit dem Titel „Die Arktis: Territorium des Dialogs“ äußerte der russische Präsident Wladimir Putin seine Missbilligung über den Versuch der NATO, ihren Einfluss auf die Arktisregion auszudehnen.

Er sagte, Russland sei die größte Macht in der Arktisregion und habe sich konsequent für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit in der Arktis eingesetzt, die wissenschaftliche Forschung, Schutz der Artenvielfalt, Notfallmaßnahmen sowie wirtschaftliche und industrielle Entwicklung umfasse.

„In den vergangenen Jahren haben sich zahlreiche westliche Nationen für die Konfrontation entschieden, ihre Wirtschaftsbeziehungen zu Russland abgebrochen und den Austausch in den Bereichen Wissen-

schaft, Bildung und Kultur eingestellt“, sagte er und fügte hinzu: „Politiker, Parteiführer und sogar die sogenannten Grünen in einigen westlichen Ländern sprechen mit ihren Bürgern und Wählern über die Bedeutung der Klimaagenda und des Umweltschutzes, doch in der Praxis ist ihre Politik völlig widersprüchlich.“

Er fuhr fort, dass die Pläne der USA, Grönland zu annektieren, Russlands Besorgnis erregen und dass die Schritte der NATO, ihren Einfluss in der Arktis auszuweiten, eine Reaktion Russlands ausgelöst hätten.

Er betonte, dass Russland nie jemanden bedroht habe, sondern die Entwicklungen in der Region aufmerksam beobachte, die Kampffähigkeiten der Streitkräfte verbessere und die militärische Infrastruktur modernisiere.

Außenministerium DVRK, 09.04.2025

Quelle KCNA: <https://kcnawatch.org/newstream/1744261421-442750121/russian-president-disapproves-nato%e2%80%99s-expansion-into-arctic/> (automatisch übersetzt)

China drängt Japan, das Ein-China-Prinzip nicht in Frage zu stellen

Kürzlich behauptete die japanische Regierung, die gemeinsame Erklärung von China und Japan aus dem Jahr 1972, in der Taiwan als unveräußerlicher Teil des Territoriums der Volksrepublik China bezeichnet wird, sei „nicht rechtsverbindlich“. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums wies die Erklärung entschieden zurück und bezeichnete sie als Angriff auf die politischen Grundlagen der chinesisch-japanischen Beziehungen.

Im Jahr 1972 erklärte Japan ausdrücklich: „Die Regierung Japans erkennt die Regierung der Volksrepublik China als die einzige rechtmäßige Regierung Chinas an.“ Japan betonte und behauptete, dass die Gemeinsame Erklärung zwischen China und Japan durchaus rechtlich bindend sei, da im Vertrag über Frieden und Freundschaft zwischen China und Japan aus dem Jahr 1978 bestätigt wurde, dass die Gemeinsame Erklärung zwischen China und Japan die Grundlage für friedliche und freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern bildet und dass die in dieser Erklärung dargelegten Grundsätze strikt eingehalten werden sollten.

Sie betonte, dass China sich entschieden dagegen wehre, dass Japan sein Versprechen, am Ein-China-Prinzip festzuhalten, breche, die politischen Grundlagen der chinesisch-japanischen Beziehungen in Frage stelle und den Kräften für eine „Unabhängigkeit Taiwans“ in der Taiwan-Frage ein völlig falsches Signal sende.

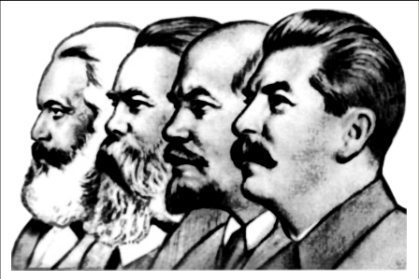
Abschließend forderte sie die japanische Seite auf, sich an die Prinzipien und den Geist der vier politischen Dokumente mit China zu halten, in der Taiwan-Frage umsichtig zu handeln und ihr Versprechen, am Ein-China-Prinzip festzuhalten, mit konkreten Maßnahmen einzuhalten.

Außenministerium DVRK, 01.04.2025

Quelle KCNA: <https://kcnawatch.org/newstream/1743499882-904516214/china-urges-japan-not-to-challenge-to-one-china-principle/> (automatisch übersetzt)

Wir gratulieren ganz herzlich allen Lesern unserer Zeitung, die im Monat Mai Geburtstag haben und wünschen alles erdenklich Gute für den weiteren Lebensweg.

Zentralkomitee der KPD und Redaktion DRF



Russland wird Kuba weiterhin in wirtschaftlicher und humanitärer Hinsicht unterstützen

Der Stellvertretende Kubanische Premierminister Ricardo Cabrisas Ruiz sagte, dass beide Länder über ein enormes Potenzial verfügten, das noch nicht voll ausgeschöpft sei

Russland wird seine wirtschaftliche und humanitäre Unterstützung für Kuba über geeignete bilaterale Kanäle und spezialisierte internationale Strukturen fortsetzen. Dies betonte der Vizepräsident der Regierung der Russischen Föderation, Dmitri Nikolajewitsch Tschernyschenko, in seiner Rede auf der 22. Sitzung der Russisch-Kubanischen Regierungskommission, an der auch der Stellvertretende Kubanische Premierminister Ricardo Cabrisas Ruiz teilnahm.

Tschernyschenko sagte, dass mit der Aufnahme des kommerziellen Betriebs in der Raffinerie Boca de Jaruco die Erdölförderung zunehmen und die Abhängigkeit Kubas von Importen verringert werden wird.

Er wies darauf hin, dass Russland eine Steigerung der Investitionsprojekte anstrebe, wie z.B. "die Aufnahme von 12 Projekten im November letzten Jahres, die die Entwicklung bis 2030 unterstützen".

In Bezug auf die Zusammenarbeit im Lebensmittelbereich erklärte er, dass "das Projekt der Verarbeitung von russischem Weizen in einer kubanischen Mühle umgesetzt wird, alle Möglichkeiten zur Rettung der Zuckerindustrie geprüft werden und die Zahl der Exporte russischer Viehprodukte nach Kuba erhöht wird".

Er betonte, dass ein wichtiger Moment in den bilateralen Beziehungen "die Eröffnung einer Filiale einer russischen Bank in Havanna im vergangenen Jahr war", die, wie er erklärte, den Prozess der Überweisungen nach Kuba erleichtern wird. Er betonte auch, dass an Projekten zur Entwicklung des Tourismus gearbeitet werde: "Wir planen, ein Hotelzentrum zu errichten", präzisierte er und wies darauf hin, dass die Zahl der Touristen im vergangenen Jahr 160.000 betragen habe, was einem Rekord für das Jahr 2023 entspreche.

Cabrisas Ruiz bezeichnete das Treffen als produktiv und sagte, man habe sich "offen, direkt und transparent über die Sensibilität des gegenwärtigen Augenblicks ausgetauscht, den das kubanische Volk durchlebt".

Angesichts der Hindernisse, mit denen das Land konfrontiert ist, sei es "für Fortschritte im makroökonomischen Stabilisierungsplan und im Programm zur Korrektur von Verzerrungen sowie zur Wiederbelebung der kubanischen Wirtschaft (...) unerlässlich, die Unterstützung und Begleitung strategischer Partner und Verbündeter wie der Russischen Föderation zu erhalten".

Am Ende der Sitzung wurden 13 bilaterale Dokumente unter dem Vorsitz von Premierminister Manuel Marrero Cruz unterzeichnet.

Mit der Unterzeichnung der Schlussakte wurden die wichtigsten in der Kommission behandelten Themen sowie die von beiden Seiten als vorrangig definierten Arbeitslinien zur Erreichung der Ziele der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungspläne beider Länder bis 2030 bestätigt.

Außerdem wurden ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Gesundheitswesen und zwei Abkommen über die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnet: die Einrichtung eines gemeinsamen Labors für Künstliche Intelligenz (KI) in technischen Systemen des Russisch-Kubanischen Forschungszentrums der Föderalen Universität des Südens und der Technologischen Universität José Antonio Echeverría in Havanna sowie das Kooperationsabkommen zwischen itCódigo surl, Kuba, und der Internationalen Aktiengesellschaft "Voxys".

Dabei handelt es sich um Vorschläge zur Ausbildung von Fachleuten in den "Voxys"-Technologien von mkao, zur Durchführung

von Projekten in Bereichen wie Lehre, Kultur und Forschung, einschließlich Sprachroboter, IuK-Systeme und andere Produkte der Informationstechnologie.

Gestern wurden fünf Memoranden im Zusammenhang mit Geodäsie und Kartographie zur Förderung des Wissens- und Erfahrungsaustauschs im Bereich der Katastertätigkeit, der Geoinformationsdienste und der Durchführung gemeinsamer Projekte unterzeichnet. Außerdem wurden fünf akademische Vereinbarungen zur Entwicklung von Bildung und Forschung, zum Erlernen der russischen Sprache und zum Austausch von Bildungsressourcen unterzeichnet.

Autor: Elizabeth Naranjo | Granma

<https://de.granma.cu/mundo/2025-04-07/russland-wird-kuba-weiterhin-in-wirtschaftlicher-und-humanitaerer-hinsicht-unterstuetzen>

Kuba feiert seine Pionier- und Jugendorganisationen

Heute vor 61 Jahren wurde die Organisation der Pioniere Kuba ins Leben gerufen

Am vierten Tag des vierten Monats des Jahres, so wie heute, wurde der jugendliche Enthusiasmus der Kinder für immer begründet, mit der immensen Verantwortung, einen Beitrag zur Zukunft der Nation und der Menschheit zu leisten.

An diesem Tag im Jahr 1961, wurde die Organisation der kubanischen Pioniere gegründet, die 1977 zu Ehren des großen Meisters der praktischen Erziehung und der Vermittlung von Werten umbenannt wurde: José Martí.

In den Klassenzimmern rücken ihre Eltern die Schals zurechtrücken und in ihren Gesichtern spiegelt sich die Freude und der Stolz, der es bedeutet, dieses Halstuch zu tragen.

Lehrer, die sich der schwierigen, aber wichtigen Aufgabe widmen, gute Menschen zu formen, motivieren dazu, an der Gesellschaft teilzuhaben, und zwar von diesem großen kleinen Land aus, das die Schule ist.

Die Umwandlung der Kasernen in Schulen bedeutete eine unaussprechliche Veränderung: An den Orten, an denen die Zukunft endete, begannen sie, sie zu befruchten. Am 24. Februar 1960 sagte der Comandante en Jefe Fidel Castro Ruz bei der Übergabe einer Kaserne an das Bildungsministerium über die Kinder: „Sie müssen gehegt und gepflegt werden (...) wie die Säulen, auf denen ein wirklich schönes Werk ruht“.

Ein weiteres Bollwerk der Revolution ist der Bund der Jungen Kommunisten, der ein Jahr später, aber ebenfalls am 4. April 1962, gegründet wurde. Zum Abschluss des ersten Kongresses der Organisation, die mit der Figur Che Guevaras verbunden ist, schlug Fidel den heutigen Namen vor, der sich aus drei Buchstaben mit tellurischer Kraft zusammensetzt: UJC.

Sie nahm junge Menschen in ihre Mitte auf, die entschlossen waren, an der Spitze der großen Herausforderungen und Siege des Landes zu marschieren, von den internationalistischen Missionen bis hin zum Kampf gegen den Terrorismus und zur Verwirklichung des Unmöglichen.

In Zeiten enormer Gefahren, umgeben von Bedrohungen für die Existenz dieses Traums, können wir keinen Fehler machen.

Mit dem Geist der Rebellion und der Loyalität derer, die uns den Weg gezeigt haben, wird unser Glaube an die Zukunft in der Lage sein, die Schwierigkeiten der Umstände zu überwinden.

Der Kampf scheint endlos zu sein, aber es gibt allen Grund, ihn durchzuhalten, wenn wir ineinander die wahre Quelle der ewigen Jugend finden.

Autor: Jorge Ernesto Angulo Leiva | Granma

<https://de.granma.cu/cuba/2025-04-04/kuba-feiert-seine-pionier-und-jugendorganisationen>

ABONNEMENT:

☐ Ich möchte die Druckausgabe „Die Rote Fahne“ im Jahresabo. Preis 35,00 Euro beziehen.

☐ Ich möchte die Druckausgabe „Die Rote Fahne“ im Förderabo. Preis 45,00 Euro beziehen.

☐ Ich möchte das ePaper (PDF) „Die Rote Fahne“ im Jahresabo. Preis 20,00 Euro beziehen.
(Email-Adresse erforderlich)

☐ Ich möchte das ePaper (PDF) „Die Rote Fahne“ im Förderabo. Preis 30,00 Euro beziehen.
(Email-Adresse erforderlich)

☐ Ich bitte um das Statut und Programm der KPD.
Preis je 2,00 Euro plus Porto füge ich in Briefmarken bei.

☐ Ich möchte Mitglied der Kommunistischen Partei werden.

Name

Vorname

Straße

PLZ Wohnort

Telefon/Fax

Email@